

Offene Fragen der Geschichte Band 9

Chronik von 1987 bis 1999

"Samtene Revolution",
Ende der DDR,
"Zwei-plus-Vier-Vertrag",
Zusammenbruch der UdSSR,
EU-Einheitsstaat,
Unsühnbare Kollektivschuld,
Massenverbrechen des Kommunismus,
NATO-Osterweiterung,
EU-Osterweiterung,
Anti-Kernenergie-Bewegung ...

Band 9/012

Chronik vom 28. November 1994 bis zum 13. Februar 1995

28.11.1994

Norwegen: Mit einer Mehrheit von 52,2 % Nein-Stimmen lehnt die norwegische Bevölkerung am 28. November 1994 den Beitritt zur Europäischen Union (EU) ab (x175/877).

02.12.1994

Polen: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" Nr. 49/1994 berichtet am 2. Dezember 1994: >>**Schwientochlowitz-Zgoda war der Name einer Außenstelle des Konzentrationslagers Auschwitz.**

Die Rache des Kommandanten

Von *Helga Hirsch*

... "Wo ist mein Vater begraben?" wollte Erna Kolodziejczyk nach nun 44 Jahren vom polnischen Justizminister wissen "Wie ist er umgekommen und durch wen?" Und weil der polnische Justizminister keine Antwort wußte, leitete er den Brief weiter an die Zweigstelle Kattowitz der "Kommission zur Untersuchung von Hitler Verbrechen", die seit 1990 nicht nur die Untaten der braunen, sondern auch die der roten Diktatur untersucht und sich seitdem "Kommission zur Untersuchung der Verbrechen gegen das polnische Volk" nennt. Im Februar nahm der Staatsanwalt Piotr Brys die Ermittlungen auf.

Brys suchte Überlebende des Arbeitslagers Swietochlowice Zgoda, wo Frau Kolodziejczyk Vater und andere Oberschlesier interniert gewesen waren: über das Einwohnermeldeamt in Warschau, über die Gruben, in denen sie gearbeitet hatten, über das Standesamt von Swietochlowice und Aufrufe in regionalen Zeitungen und im Fernsehen. Schnell kamen die ersten Antworten. Jadwiga Sonsola aus Kattowitz schrieb: Mein Mann ist dort umgekommen. Helena Maria Kula aus Bytom (Beuthen) schrieb: Mein Vater ist dort umgekommen.

Henryk Frysztacki gab vor der "Kommission" zu Protokoll, er habe sich Ende April kurze Zeit im Lager aufgehalten "Die Gefangenen müssen geschlagen worden sein, denn ich hörte Schreie. Irgendwann sah er unter den Toten, die zur Leichenhalle transportiert wurden, auch seinen Vater. Die Sterbeurkunde vom Standesamt Swietochlowice trägt das Datum des 17. September 1945. Gezeichnet: Morel - Lagerkommandant.

Solomon Morel, seit dem 15. März 1945 aufgrund des "Personalbefehls Nr. 111" vom Sicherheitsministerium Leiter des Arbeitslagers Swietochlowice, wurde vor die "Kommission" zi-

tiert und am 21. Februar 1991 vernommen - als Zeuge.

... "In einigen Zeiträumen starben die Gefangenen infolge einer Typhusepidemie", räumte der inzwischen Siebzigjährige ein. "Aber ich erkläre, daß die Gefangenen im Lager gut behandelt worden sind". Damals, vor drei Jahren, ahnte noch niemand, welche Schwierigkeiten für das Verfahren sich aus Morels jüdischer Abstammung ergeben würden.

Wer heute, mit dem Auto von Swietochlowice kommend, die scharfe Rechtskurve der Straße an den Zgoda Werken vorbei Richtung Ruda Slaska nimmt, kann die Geschichte nicht errahnen, die sich hinter den Schrebergärten zur linken Hand verbirgt.

Nur noch ein Tor mit Pfosten aus gemauerten Ziegelsteinen erinnert daran, daß hier das Arbeitslager Schwientochlowitz stand: eine Nebenstelle von Auschwitz, in der seit Sommer 1943 Gefangene untergebracht waren, die in der nahen Eintrachtshütte "kriegswichtige" Güter montierten ein Lager mit sieben Holzbaracken, einer Ambulanz, einer Leichenhalle, einem Strafbunker, einem elektrisch geladenen, doppelten Stacheldraht, vier Wachtürmen und - vor dem umzäunten Terrain - einer Baracke für die Wachmannschaft und einer für den Kommandanten.

So sah Schwientochlowitz bis zum 21. Januar 1945 aus, als die Deutschen das Lager aufgaben. So sah Swietochlowice aus, als es wenige Wochen später, nachdem die Rote Armee Kattowitz erobert hatte, vom polnischen Sicherheitsdienst übernommen wurde: jetzt als Straflager für Reichsdeutsche, die der Mitgliedschaft in der NSdAP, der HJ und des BdM verdächtigt waren, sowie für ehemals polnische Staatsbürger, die aufgrund ihrer deutschen Abstammung unter nationalsozialistischer Besatzung als "Volksdeutsche" galten.

Gerhard Gruschka zum Beispiel, aus einer katholischen Familie in Gleiwitz. Zwar war er wegen seines Glaubens aus dem "Deutschen Jungvolk" ausgeschlossen worden, aber nach zwei Wochen Dunkelhaft und Folter in einem Gefängnis von Gleiwitz hatte Gerhard, gerade vierzehneinhalb Jahre alt, gestanden: Ich bin der Hitler-Junge Gruschka.

Dorota Boreczek zum Beispiel, aus der alten schlesischen Familie der Skiba. Ihr Großonkel war letzter Bürgermeister von Kattowitz gewesen, bevor es vor gut hundert Jahren zur Stadt erklärt wurde. Das gerade vierzehnjährige Mädchen mußte mit der Mutter ins Lager, nur weil diese in die Volksliste II eingestuft worden war.

"Wir hatten ein gutes Gewissen", sagt Gerhard Gruschka, der bald nach seiner Freilassung im November 1946 in die Bundesrepublik übersiedelte, als Lehrer für Deutsch und katholische Religion in einer Realschule tätig war und nach der Pensionierung weiter in Nordrhein Westfalen lebt. "Flucht war beim Herannahen der Roten Armee kein Thema für uns."

Oberschlesien, ein ethnisch äußerst gemischtes Gebiet, hatte bis 1921 zu Deutschland gehört, war dann nach einer Volksabstimmung mit dem Gebiet um Kattowitz an Polen gefallen und sollte unter Hitler wieder "eingedeutscht" werden. Von den 2,45 Millionen Einwohnern wurden nach einer Statistik des Reichskommissars für die Festlegung des deutschen Volkstums von 1944 etwa 130.000 in Volksliste I eingestuft: Sie hatten sich durch "aktive Tätigkeit" im Volkstumskampf hervorgetan. Unter Volksliste II wurden 210.000 Personen geführt: Sie hatten das Deutschtum "gewahrt", ohne dafür aktiv gewesen zu sein.

Beide Gruppen erhielten sofort die deutsche Staatsbürgerschaft. In der Volksliste III (875.000 Personen) wurden die Autochthonen und Personen prodeutscher Gesinnung erfaßt, die aber "Bindungen zum Polentum" eingegangen waren - sie erhielten die Staatsbürgerschaft "nur auf Widerruf". ...

Nach dem Krieg wendete sich das Blatt. Nach einem Dekret der provisorischen polnischen Regierung in Lublin vom 28. Mai über den "Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Gesellschaft" (geringfügig korrigiert durch ein Gesetz vom 7. Mai 1945) wurden Oberschlesier der Volksliste III und IV in der Regel als polnische Bürger anerkannt. Für Personen der Volksliste II waren zwar individuelle "Rehabilitationsverfahren" vorgesehen, faktisch je-

doch kamen die meisten in Internierungslager - wie Józef Wiesiolek.

Als Rentner lebt er immer noch in jener verrußten, eintönigen Bergarbeitersiedlung in Kattowitz Dab, in der er damals als Achtzehnjähriger in der Nacht vom 28. Februar auf den 1. März 1945 abgeholt wurde. Nur die Wohnung hat er getauscht. Die Holzterappe hinauf zum ersten Stock knarrt. Die Küche dient als Wohnzimmer. Denn die beiden hinteren Räume, ohnehin durch die angrenzende schwarze Wand des Nachbarhauses ohne Sonnenlicht, fassen jeweils gerade einen Schrank und ein Bett.

Manche Oberschlesier haben noch immer Angst, von damals zu erzählen: Weder die Nationalsozialisten noch die Kommunisten fragten, ob sie sich als Deutsche oder Polen oder als Oberschlesier fühlten. Sie erhielten den nationalen Stempel je nach politischer Erfordernis aufgedrückt. Besser also, sich gar nicht zu exponieren. "Wer weiß denn", so die bange Frage eines alten Häftlings von Swietochlowice, "ob nicht irgendwann wieder jemand kommt und sagt: Du bist ein Schwabe (Deutscher). Oder Pole - je nachdem, was gerade gefällt.

Aber Józef Wiesiolek will der neuen Zeit trauen. Sein Schwiegersohn war sogar Abgeordneter im ersten Parlament des demokratischen Polen. Und es erleichtert ihn auch, nach 45 Jahren erzwungenen Schweigens endlich offen darüber zu reden, wie es damals begann, am 1. März 1945, als er mit vielen Kollegen von Kattowitz nach Swietochlowice geführt wurde.

"In jeder Gruppe wurde einer ausgewählt: Mit einer Hakenkreuzfahne umschlungen oder einer SA- oder SS Mütze auf dem Kopf ... Dort begann der Terror. "Sie schlugen jeden. Oft mit einer Reitpeitsche. Dann befahlen sie, daß sich einer über den anderen legt, ganz viele übereinander - und wenn die unteren anschließend nicht schnell genug hinunterglitten, weil sie schon keine Luft mehr bekamen, wurden sie erst recht geschlagen und gestoßen. Hier gab es die ersten Toten. Einige Männer hielten es psychisch nicht aus. "Sie hingen in den Toiletten. Sie hatten sich an Gürteln erhängt."

Die "Begrüßung" im Lager war bei jeder Gruppe ähnlich. Bevor die Transporte bestimmten Baracken zugewiesen wurden, mußten sie erst stundenlang stehen - oft mit erhobenen Armen. In den Baracken selbst herrschte erdrückende Enge. Tote und Abgänge in andere Lager wurden ununterbrochen durch Neuzugänge aufgefüllt. In den dreistöckigen Etagenpritschen aus deutschen KZ-Zeiten lagen oft zwei oder drei Personen ohne Strohsack, ohne Decke, auf einfachen Brettern, die so viel Zwischenraum freiließen, daß Häftlinge manchmal nach unten durchfielen und die Darunterliegenden verletzten. Ein Laib Brot mußte für mindestens sechs Personen am Tag reichen, dazu gab es eine Wassersuppe, in der gesäuerte Rübenstücke schwammen.

Zum wirklichen Alptraum aber gerieten die Nächte. Denn die Wachmannschaften kamen zu "Inspektionen", um die Gefangenen zu "besichtigen" "Einmal mußten wir mit nacktem Oberkörper drei Stunden im Schneeregen stehen", erinnert sich Józef Wiesiolek. "Und immer wurden wir geschlagen oder mußten uns gegenseitig schlagen. Ich meinen Vater und mein Vater mich. Wenn ich mich weigerte, wurde ich selbst geschlagen. Als mein Vater schon zu schwach war, den großen Kübel zu tragen, der zur Toilette geschafft werden mußte, schlugen sie ihm mit dem Gewehrkolben die Zähne aus.

Sein Vater überlebte das Lager nicht. Er starb am 7. oder 8. Juni an Typhus. Eine Sterbeurkunde erhielt die Familie nie. "Als Volksliste II", sagt Jozef, der im Lager noch Herbert Josef hieß, aber bei der Hochzeit vor dem polnischen Standesamt den Herbert streichen und den Josef in Józef umwandeln mußte, "als Volksliste II waren wir einfach DIE DEUTSCHEN. Sie wollten Rache. Sie wollten Vergeltung. Sie - die Wachmannschaften und besonders der Lagerkommandant Solomon Morel. "Eine massive Gestalt. Es hieß, er sei in der kommunistischen Volksarmee gewesen. Ein Jude. Er hat sich so vorgestellt. Vielleicht sind seine Verwandten umgekommen."

Solomon Morel wurde am 15. November 1919 in einer religiösen jüdischen Familie im Dorf

Garbów bei Pulawy geboren. Bis zum vierzehnten Lebensjahr besuchte er die Schule, anschließend arbeitete er in einer Konfektionsfirma der Industriestadt Lodz; 1939 kehrte er zurück nach Garbów. Um der Übersiedlung in ein Ghetto zu entgehen, tauchte er mit den Eltern und einem Bruder im April 1942 unter.

Vater, Mutter und Bruder Israel, erklärte Morel später in seiner Personalakte für das Sicherheitsministerium, seien von den Deutschen mit Hilfe der "blauen (d. h. polnischen) Polizei" im Dezember 1942 umgebracht worden. Einmal nannte er sogar nur die "blaue Polizei", die den Bruder Israel in seinem Heimatdorf Garbów erschossen habe. Der älteste Bruder Izak Morel hingegen sei im Dezember 1943 im "Kampf mit den Nationalen Bewaffneten Kräften NSZ" (einer antisemitischen polnischen Untergrundorganisation) im Dorf Lugów bei Lublin umgekommen. Über das Schicksal des Bruders Józef, der 1939 vor den Nationalsozialisten in die Sowjetunion flüchtete, sei ihm nichts bekannt.

Morel selbst hatte sich im November 1942 der kommunistischen Untergrundorganisation "Volksgarde" angeschlossen, nach dem Einmarsch der Roten Armee im Sommer 1944 war er der Bürgermiliz der prokommunistischen neuen Macht in Lublin beigetreten. Erst arbeitete er im Gefängnis des Schlosses von Lublin, dann im Gefängnis von Tarnobrzeg. Am 15. Februar 1945 schließlich gelangte er mit der "Operativgruppe" des Sicherheitsdienstes nach Oberschlesien und ins Lager von Swietochlowice. In Polen dürfte sein Lebenslauf vielen nur als Bestätigung für die verbreitete Vorstellung dienen, der kommunistische Geheimdienst sei geradezu von Juden beherrscht gewesen.

"Man muß sich das so vorstellen", erläutert Krzysztof W., Nachkomme einer wohlhabenden jüdischen Familie der Vorkriegszeit, der im Nachkriegspolen erst Kommunist, dann Oppositioneller war: Im ersten Halbjahr 1945, noch vor der Konferenz von Potsdam, war über die Grenzen Polens nicht endgültig entschieden. Doch um vollendete Tatsachen zu schaffen, das System und das Territorium festzulegen, eignete sich das prokommunistische "Lubliner Komitee" in den von der Roten Armee besetzten Gebieten die Regierungsbefugnis an und baute den Sicherheitsdienst als politische Polizei auf - selbstverständlich mit jenen, die als absolut zuverlässig galten.

In den Spitzenpositionen waren das meist ältere Kommunisten aus dem Moskauer Exil, die schon deswegen Vertrauen besaßen, "weil sie alle Säuberungen Stalins überlebt" hatten. Auch Krzysztof W., als er von der Zwangsarbeit in Berlin zurückkam, wurde nach bereits drei Tagen dem Sicherheitsdienst zugeteilt; Weil er Kommunist gewesen sei. Daß er eine jüdische Abstammung hatte, sei der Partei gar nicht bekannt gewesen.

Sicher sei die Loyalität zur Partei das primäre Auswahlkriterium gewesen, räumt der Historiker Andrzej Paczkowski ein, aber - viele Genossen stammten eben aus jüdischen Familien: Weil sie im Kommunismus die Alternative nicht nur zum Rassenwahn eines Hitler, sondern auch zum polnischen Nationalismus und Antisemitismus sahen.

Als Paczkowski jüngst untersuchte, wie hoch der Anteil von Sicherheitsbeamten mit jüdischer Herkunft vom Ministerium über das Department bis zur Abteilung hinunter in den ersten Jahren gewesen sei - ein "bißchen", bekennt er, habe er sich für diese Schnüffelei geniert, fand er die vermutete Überrepräsentation tatsächlich bestätigt: Von den 447 führenden Funktionären bis November 1953 waren 131 jüdischer Abstammung - immerhin 29,3 Prozent bei einem Bevölkerungsanteil von nicht einmal einem Prozent.

Allerdings sei wahrscheinlich unten an der Basis - gerade in den ersten Tagen und Wochen nach dem Rückzug der Wehrmacht - wichtiger als das ideologische Motiv das Bedürfnis nach Rache gewesen: das Bedürfnis nach irgendeiner Vergeltung für sechs Millionen Tote, für den Genozid, für das perfektteste und grausamste Verbrechen der Geschichte.

"Er sagte langsam und ruhig: Ich heiße Solomon Morel und bin der Kommandant dieses Lagers. Dann aber schrie er: Meine Eltern und Geschwister sind in Auschwitz von euch Deut-

schen vergast worden, und ich werde nicht eher Ruhe geben, bis alle Deutschen ihre gerechte Strafe bekommen."

Als Insasse des Blocks 7, des "braunen Blocks", in dem vermeintliche NSdAP-, SA- oder HJ-Mitglieder untergebracht waren, erlebte Gerhard Gruschka den Lagerkommandanten von seinen dunkelsten Seiten.

Wenn Morel sich einen Gefangenen vornahm, schrieb Gruschka in seinem Bericht über die Haftzeit, "war dessen Todesurteil meist schon gefällt". Seine "Spezialität" war es, die aus deutscher KZ-Zeit übriggebliebenen schweren Sitzschemel an den Füßen zu packen und mit der dicken Sitzfläche in voller Wucht auf die Gefangenen einzuschlagen. Immer wieder blieben nach solchen Razzien Mitgefangene schwerverletzt liegen und mußten in die Lagerambulanz getragen werden, einige mit zertrümmertem Kopf auch gleich in die Leichenbaracke".

Gruschka bezweifelt, daß in dem berüchtigten "braunen Block" tatsächlich Nazigrößen einsaßen - sie hätten sich meist schon in den Januartagen 1945 abgesetzt. Da aber niemand verhört, bei niemandem nach individueller Schuld geforscht worden sei, werde sich eine eindeutige Antwort nicht mehr finden lassen. Für die Wachmannschaften jedenfalls genügte es, daß sie reichsdeutsche Staatsbürger vor sich hatten, um sie als Hitleristen alle mit derselben Brutalität zu strafen.

"Oft schlug Morel mit bloßen Fäusten zu, meist gezielt ins Gesicht ... Und in regelmäßigen Abständen befahl er nachts: Horst Wessel Lied singen, aber schnell, und während wir sangen, prasselten die Gummi- und Holzknüppel auf uns nieder."

Der erst vierzehnjährige Eric van Calsteren, ebenfalls Insasse des "braunen Blocks", beschloß zu fliehen. Obwohl er die holländische Staatsbürgerschaft besaß, hatten polnische Sicherheitsbeamte in blonden Haaren und blauen Augen einen ausreichenden Beweis für sein "Edelgermanentum" gesehen. Calsteren versteckte sich in der Latrine des Lagers und entkam morgens mit einem Arbeitskommando. Allerdings stellte er sich freiwillig wieder, als seine Mutter verhaftet und er erpreßt wurde: entweder er oder sie ins Lager. Solomon Morel holte ihn persönlich mit seinem beigefarbenen DKW bei der Gleiwitzer Polizei ab. Er kam zurück in den Block 7.

Zunächst, berichtete van Calsteren 1992 aus seiner niederländischen Heimat der "Kommission" in Kattowitz, habe er als Strafe für die Flucht nur stundenlang auf Schottersteinen knien müssen. Doch das war nur das Vorspiel "Mitten in der Nacht kam das schon erwartete Überfallkommando der Bewacher.

Alles aus den Betten, und man stellte mich vor den Spind. Warum er geflüchtet sei, fragten ihn vier Männer und schlugen ihm bei jeder Frage in die Magengrube. Beugte sich van Calsteren vor Schmerz nach vorn, schlugen sie ihm ins Genick, daß er zu Boden sackte. Als er die Schläge nicht länger ertragen konnte, floh er zwischen die Betten. Da griffen sie nach der Eisenstange, mit der die Bottiche für das Essen geschleppt wurden.

"Mit dieser Stange schlug man mir meine beiden Beine ganz kaputt, und als ich wieder auf dem Boden lag, wurde ich noch mit Fußtritten bearbeitet. Halbtot legten meine Kumpel mich aufs Bett. Schlafen konnte man kaum in diesem Lazarett, es gab keine richtigen Kranken, sondern nur kaputtgeschlagene Menschen, die die ganze Nacht stöhnten. Daß es tatsächlich Tote gab, war schon ganz normal. Überall Sterbende, im Waschraum, auf der Toilette, im und neben dem Bett. Es geschah fast immer in der Nacht, und wenn man zur Toilette mußte, stieg man über die Toten."

Schon einige Monate vor diesem Bericht für Kattowitz hatte sich van Calsteren an die deutsche Justiz gewandt: Regelmäßig höre man Berichte über die Verurteilung deutscher NS-Verbrecher aber wie stehe es mit der Verfolgung von Verbrechen an Deutschen? Und er bot sich an als Zeuge gegen Solomon Morel, dessen Adresse er durch Zufall erfahren hatte ...

Erst über ein Jahr später, Ende September 1993, bat der Leitende Oberstaatsanwalt in Dort-

mund seinen Kollegen in Rijswijk, van Calsteren "eingehend zu vernehmen", da ein Ermittlungsverfahren gegen Morel wegen Mord geprüft werde. Doch da lebte Eric van Calsteren nicht mehr. Er war am 16. Februar 1993 im Alter von 63 Jahren verstorben. Solomon Morel hingegen hatte sich zu seiner Tochter nach Tel Aviv abgesetzt.

Da Israel generell nicht ausliefert, nutzte die Oberstaatsanwaltschaft Dortmund die Chance, sich dem äußerst unbequemen Verfahren mit Schreiben vom 29. August 1994 an die Witwe zu entziehen: "Das auf Strafanzeige Ihres Ehemannes eingeleitete Ermittlungsverfahren ist vorläufig gemäß Paragraph 205 der Strafprozeßordnung eingestellt worden, da der gegenwärtige Aufenthaltsort des Beschuldigten nicht ermittelt werden konnte Hochachtungsvoll Göke, Staatsanwalt.

Die Villa in Ludwigsburg ist repräsentativ, der Garten groß und mit gepflegtem Baumbestand. Doch die Radiologin Dorota Boreczek kann weder das eigene Heim noch Reisen oder andere Annehmlichkeiten des Lebens in Frührente genießen. Sie kann gar nicht genießen. Fast obsessiv kreisen ihre Gedanken in der unendlich langen, freien Zeit um Kattowitz, ihr altes Zuhause und das große Unrecht, das sie erlebte.

Sie erwarte eine "Entschädigung für den Aufenthalt in Gefängnissen während der Stalin-Zeit", teilte sie der "Kommission" in Kattowitz mit Schreiben vom 18. März 1992 mit. Denn auch sie saß mit der Mutter in Swietochlowice. Ein gutes halbes Jahr. Und der Vater, inhaftiert im Gefängnis von Krakau und im Lager von Jaworzno (ebenfalls einer alten Auschwitz Nebenstelle), kam aufgrund einer Amnestie erst 1951 frei. Doch da war sein Besitz von sieben Mietshäusern in Kattowitz und einem Sägewerk, einer Ziegelei und einem Kieswerk in Ostpolen längst enteignet.

Dorota, die damals noch Niesperek hieß, war in der Frauenbaracke untergebracht "Der Dreck", sagt sie, "der Dreck und die Läuse" - das war anfänglich das Schlimmste. Als den Frauen prophylaktisch die Haare geschoren werden sollten, verloren einige die Nerven und begingen im elektrisch geladenen Stacheldraht Selbstmord. Daraufhin wurde die Maßnahme eingestellt. Als sich die Krätze ausbreitete, litten Frauen besonders an eitrigen Entzündungen an den Brüsten. Später kam die Kleidung einmal in der Woche zur Entlausung - dann aber warteten die Frauen zehn Stunden nackt in der Baracke: "abgemagerte Wesen, kaum von Männern zu unterscheiden, knapp über dreißig Kilogramm".

Wenn ein Teil der Sachen bei der Entlausung verbrannte, stritten die Frauen um die Kleider der Kranken. "Hildegard Iгла, eine wohlhabende Freundin meiner Mutter, besaß ein silbergraues Kostüm. Als sie fast in der Agonie lag, hat man ihr das Kostüm vom Leib gerissen, obwohl sie bat: Laßt mich in meinen Kleidern sterben."

Einen tiefen Einschnitt ins Lagerleben brachte die Typhusepidemie. Sie brach im Juli aus und ebte erst nach sechs bis acht Wochen ab. Aus Angst vor Ansteckung kamen die Wachen kaum noch hinter den Stacheldraht. Die Folterungen hörten auf, Appelle fanden nicht mehr statt, die Disziplin löste sich auf.

Dorota stieg täglich in die Nachbarbaracke, wohin ihre Mutter im fortgeschrittenen Krankheitsstadium verlegt worden war. Hilflos, aber mit der hoffnungsvollen Verzweiflung eines Kindes versuchte sie, mit Wadenwickeln aus Schlüpfer und BH das Fieber zu senken. Doch Glombitza, der Lagerarzt, selbst ein Häftling, drohte ihr als Strafe mit dem Bunker: einer mit Wasser gefüllten Zelle, die so tief war, daß Dorota sicher ertrunken wäre.

Inzwischen war auch das Mädchen infiziert. "Komm unter meine Decke", sagte da eine Schweizerin zu ihr "Sie hatte eine Decke! Sie war gut zu mir. Wir hatten beide Typhus und lagen unter dieser Decke. Eines Morgens merkte ich, daß sie nicht mehr lebte. Und bis heute verfolgt mich, daß mein erster Gedanke war: Wie gut, daß sie gestorben ist, jetzt habe ich ihre Decke."

Die Leichenbaracke konnte nicht so viele Tote aufnehmen wie täglich starben. Sie wurden

einfach auf Chlorkalk vor die Baracken geworfen, lagen stundenlang in der Sommersonne, zogen Ratten an. Der Totenwagen, ein einfacher, von Häftlingen gezogener Karren, war mehrfach täglich zu den Massengräbern unterwegs, erst zum evangelisch augsburgischen, dann zum katholischen Friedhof. Wenn Anfang Juli - rechnete Gerhard Gruschka später - Swietochlowice mit 1.500 Personen noch voll belegt war, Anfang September die Blöcke 4, 6 und 7 aber bereits leer standen und die restlichen nicht mehr voll belegt waren, können sich nur noch knapp 500 Häftlinge im Lager befunden haben:

Mindestens 1.000 Männer und Frauen müssen der Epidemie somit zum Opfer gefallen sein. Viele von ihnen sind nirgends namentlich erfaßt worden. Wenn sich aber auf dem Standesamt Swietochlowice dennoch 1.600 Originalsterbeurkunden anfinden (meist von Morel unterzeichnet), müssen - sehr vorsichtig geschätzt - mindestens 2.500 Menschen in nur gut sieben Monaten im Lager umgekommen sein. Dorota aber lebte. Und die Mutter auch, obwohl sie nur noch auf allen vieren kroch.

Im Oktober 1945 erschien eine Kommission unter Leitung des Staatsanwalts Jerzy Rybakiewicz und befragte alle Lagerinsassen nach Zeitpunkt und Grund ihrer Verhaftung. Mit Befehl vom 15. September 1945 nämlich hatte Sicherheitsminister Radkiewicz angeordnet, "alle Gefängnisinsassen zu entlassen, gegen die keine staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen laufen" - oder reguläre Anklage zu erheben.

In Swietochlowice kamen die meisten Männer und Frauen innerhalb weniger Tage frei, der kleinere Teil wurde in andere Lager oder ins Gefängnis von Krakau geschafft. Vor dem Lager traf Dorota auf Frauen mit Bildern von ihren Söhnen und Männern, die fragten, ob ihr bekannt sei, daß sie überlebt hätten. Aber Dorota "sah nur wie hypnotisiert auf das Tor. Ob die Mama käme. Und plötzlich stand sie da. Plötzlich konnte sie laufen. Sie kam durch das Tor. Und als sie draußen war, brach sie wieder zusammen Dorotas Mutter wog 32 Kilogramm und hatte einen gebrochenen Schädel. Erst nach einem halben Jahr konnte sie wieder gehen.

Vor der Entlassung hatten Mutter und Tochter schriftlich gelobt, niemals und niemandem zu erzählen, was ihnen widerfahren war.

Wem auch erzählen? Das Thema fiel im kommunistischen Polen unter die Zensur, und Dorotas Familie war ins Abseits gedrängt. Der Vater endete in der Psychiatrie, aus der Mutter war ein Pflegefall geworden. Und 25 Jahre lang erhielt Dorota nicht einmal die Ausreisegenehmigung. Als sie dann schließlich 1970 in die Wahlheimat Bundesrepublik übersiedeln konnte, kam die zweite bittere Erfahrung: Auch hier konnte sie nicht erzählen.

Niemand wollte hier ihre Geschichten hören. Niemand wollte nach 1968 mehr von deutschem Leiden erfahren, das einige politische Kräfte in den fünfziger und sechziger Jahren hervorgehoben hatten, um die deutsche Schuld vor 1945 zu relativieren. Mit den Kollegen am Arbeitsplatz, mit den Nachbarn fand sie keine gemeinsame Sprache - und verschloß die Erfahrungen weiter tief in ihrem Innern. Denn auch die Tochter wollte damit nicht belastet werden. Und die Mutter sprach bis zu ihrem Tod über Swietochlowice nie mehr ein einziges Wort.

Erst die Ermittlungen der "Kommission" ließen Frau Boreczek Hoffnung schöpfen. Mit unglaublicher Energie sucht sie nun selbst nach weiteren Zeugen in Polen, trifft sich mit Frauen aus ihrer Baracke, kämpft um die Rehabilitierung der Eltern und die Rückgabe des Familienbesitzes. Morel hingegen verhärtete unter zunehmendem Erklärungsdruck immer mehr.

Nicht nur die Kattowitzer Lokalpresse und die polnischen Wochenzeitungen Wiesel und März 1993 war endlich auch in der New Yorker Journalisten John Sack erschienen - eines Juden wie Morel, dem er vertraut und monatelang vieles ungeschützt erzählt hatte. Sieben Jahre lang hatte Sack recherchiert. Amerikanische Redaktionen hatten ihm Reisekosten nach Polen und Deutschland finanziert und hohe Vorschüsse gezahlt.

Doch dann lehnten sie alle den Abdruck seiner Geschichte ab: Gentlemens Quarterly, Harpers brachte wenigstens John Sacks Recherchen als Buch heraus ("An Eye for an Eye - The Untold

Story of Jewish Revenge against Germans in 1945") - kaum eine Zeitung besprach das Werk. Als schließlich die Village Voice Sacks Geschichte doch druckte, waren die Fakten nicht mehr zu übersehen.

Nun fühlte sich Solomon Morel umstellt und betrogen - und leugnete jede Schuld: Es habe keinen Todesbunker gegeben, keinen einzigen Selbstmord in dem unter Hochspannung stehenden Stacheldraht, die Läuse seien von den Häftlingen mit dem Typhus eingeschleppt worden und: "Ich erkläre mit Nachdruck, daß es neben den an Typhus Gestorbenen keine anderen Todesfälle gegeben hat."

Dabei waren die Methoden, mit denen Morel das Lager führte, bereits von seinen damaligen Vorgesetzten beanstandet worden. Mit Schreiben vom 24. September 1945 hatte Oberstleutnant T. Duda, Direktor der Gefängnisse und Lager im Sicherheitsministerium, einen dreitägigen Hausarrest und die Kürzung des Gehalts um die Hälfte verfügt, da Morel die Lagerordnung nicht aufrechterhalten, den wirtschaftlichen Bereich "paralysiert" und die Verbreitung der Typhusepidemie hingenommen habe.

Noch 1948 - Morel war Leiter des Gefängnisses in Ratibor - hatte sein Vorgesetzter am Schluß einer überwiegend positiven Einschätzung immerhin zu bedenken gegeben: "Manchmal vergißt er sich, und dann brechen Partisanenangewohnheiten durch, was nicht positiv und eines Parteimitglieds unwürdig ist. Ende 1946 hatte er in Oppeln wegen eben dieser "Partisanenangewohnheiten" bereits eine "schwere Rüge" erhalten.

Morel aber wollte zu all diesen Erkenntnissen nicht mehr aussagen. Er erschien weder zu der Zeugenbefragung der "Kommission" im Juni noch im November 1993. Einmal entschuldigte ihn seine Ehefrau Wieslawa, die er 1945 im Lager kennengelernt hatte, wo sie zur Wachmannschaft gehört haben soll: Er sei auf Urlaub in Israel. Das andere Mal meldete sich Morel selbst mit einem kurzen förmlichen Schreiben aus Tel Aviv: Er habe seinen beiden früheren Aussagen nichts mehr hinzuzufügen.

Statt dessen suchte er Verbündete für eine offensive Verteidigungsstrategie. "Seit dreieinhalb Jahren klagen mich die Deutschen wegen Rechtsbruch an, daß ich geschlagen und erschlagen hätte", beschwerte er sich Ende 1993 von Tel Aviv aus beim politischen Justizminister: Über Zeugen, die vier Jahrzehnte seine Mitbürger in Kattowitz und Umgebung waren und die polnische Staatsbürgerschaft besitzen wie er. Plötzlich sollen sie wieder - einige hatten es befürchtet - Deutsche sein, Fremde, Feinde.

Dabei haben sich auch damals viele von ihnen in erster Linie als Oberschlesier gefühlt, Kinder einer Grenzkultur mit deutschen, polnischen, böhmischen Anteilen, und sie haben - zweisprachig, wie sie waren - im Unterschied zu den Reichsdeutschen in der "braunen" Baracke 7 auch im Lager überwiegend ihr Oberschlesisch gesprochen einen polnischen Dialekt mit deutschen Einsprengseln.

Aber Morel braucht das denunziatorische Stereotyp für seine Entlastung: "Ich denke, daß die Deutschen attackieren, um zu zeigen, daß nicht sie (die Polen und Juden), sondern Polen und polnische Juden die Deutschen ermordet haben. Gegen mich sagen einige Dutzend Revanchisten aus, mit denen John Sack zusammenarbeitet.

Ich bitte Sie", wandte er sich an den Minister, auf dessen Verständnis aufgrund der gemeinsamen kommunistischen Vergangenheit hoffend, "sich mit dieser schändlichen Provokation, die internationalen Charakter annimmt, eingehend vertraut zu machen. Die Deutschen machen das aus Rache und John Sack, der amerikanische Jude, gegen Geld." Der Minister jedoch hatte offensichtlich kein Verständnis, denn er leitete den Brief weiter an die "Kommission", die Morel doch gerade zu umgehen trachtete.

Ohne Fürsprecher im heimatlichen Polen muß sich Morel ein zweites Mal im Stich gelassen fühlen. Schon 1968 nämlich, als er die Karriereleiter bis zur Stufe des Gefängnisleiters von Kattowitz im Range eines Oberst emporgeklommen war, hatte ihn die Partei von einem Tag

auf den anderen fallengelassen. Zwar konnte ihn die antisemitische Kampagne der nationalistischen Genossen nicht wie 20.000 anderer Polen jüdischer Herkunft aus dem Land treiben. Aber ein ärztliches Attest stellte ihn mit der Diagnose einer "dauerhaften Berufsunfähigkeit" kalt. Er war 48 Jahre jung. Kann er es noch wagen, aus dem fremden Israel, dessen Klima ihm zusetzt, heimzukehren, ohne das Risiko einer Verhaftung einzugehen?

Die "Kommission" in Kattowitz jedenfalls hielt die Beweislage Ende 1993 für ausreichend, um die Unterlagen der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Nur die Zentrale in Warschau bremste noch: Es sei "verfrüht", gab sie zu bedenken und forderte die Vernehmung auch noch von Zeugen aus dem Block 7.

Doch Gerhard Gruschka wurde nie geladen, und Eric van Calsteren ist tot. "Unter Berufung auf die sogenannte Staatsräson wird alles getan", schrieb Dorota Boreczek enttäuscht und bitter im Januar 1994 an die Zentrale in Warschau, "um das Problem der juristischen wie moralischen Verantwortung sowie der Wiedergutmachung zu umgehen."

Doch nicht nur einige Juristen in der "Kommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk" haben offensichtlich grundlegende Bedenken gegen einen Prozeß. Spielt die Veröffentlichung der Geschichte eines jüdischen Lagerkommandanten - fragte ein Reporter des amerikanischen Fernsehmagazins "Sixty minutes" nicht tatsächlich jenen in die Hände, die behaupten, der Holocaust sei gar nicht so schlimm gewesen?

Hatten vielleicht nicht jene amerikanischen Redaktionen und Verleger recht, die John Sack den Abdruck des Artikels und den Druck des Buches ("An Eye for an Eye") verweigerten? Ja, stimmt dem Reporter der Direktor des Jüdischen Weltkongresses Elan Steinberg zu: Der Fall Morel stellt die Geschichte auf den Kopf, macht aus Opfern Täter und aus Tätern Opfer. Zumindest stellt er eine Symmetrie her: Die einen waren so schlecht wie die anderen "Diese Art von Relativismus ist ein Verbrechen an der Geschichte."

Ja, meinte in Warschau auch die Redaktion der Wochenzeitung Polityka, weil sie wohl fürchtete, der Fall könne Wasser auf die Mühlen des Antisemitismus im Land sein.

Und auch die Redaktion der ZEIT diskutierte vor einem Jahr heftig darüber, ob sie den Artikel von John Sack aus Village Voice nachdrucken sollte. Man müßte die Wahrheit doch schreiben dürfen, meinten die einen. Die Gegenargumente: Wird nicht der industriell betriebene Massenmord der Nazis verharmlost, wenn man John Sacks Frage dagegensetzt, weshalb Juden dasselbe getan hätten wie die Nazis - da es doch dasselbe nicht war?

Dürfen Deutsche (und deutsche Zeitungen) sich hinter der jüdischen Selbstbefragung verstecken, ohne sich eines "Tonfallschwindels" schuldig zu machen? Und äußert sich Antisemitismus nicht auch darin, daß man von den polnischen Verantwortlichen nur jene namhaft macht, die jüdischen Glaubens sind?

Am Ende wurde der Abdruck des Artikels von John Sack verworfen und beschlossen, eine eigene Geschichte zu recherchieren. Die Argumente für die Behandlung des Themas sind gewichtig "Man muß die Wahrheit sagen", urteilt auch Feliks Lipman, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Kattowitz, obwohl Solomon Morel ihn aus Tel Aviv moralisch zu erpressen versuchte: Wenn er ihn nicht verteidige, sei er kein Jude mehr. Doch für Lipman, der den Krieg mit falschen Papieren und in schlesischen Arbeitslagern überlebte und seit 1983 die kleine jüdische Gemeinde in den kärglichen Räumen unweit des Bahnhofs leitet, kann es Loyalität unter diesen Umständen nicht geben

"Nicht alle Deutschen sind Hitleristen und nicht alle Polen und Juden unschuldig", befindet er "Wer Verbrechen begangen hat, soll dafür bestraft werden." Weil sie wissen und endlich die weißen Flecken der kommunistischen Geschichtsschreibung füllen wollen, haben auch junge polnische Journalisten und Wissenschaftler mit der Aufarbeitung der Geschichte Oberschlesiens begonnen.

Der Journalist Jakub Ciekiewicz widmete seine bewegende Reportage über Swietochlowice

allen, die wegen (vermuteter) propolnischer Gesinnung in deutsche oder sowjetische Lager kamen, ihres Besitzes beraubt oder zur Wehrmacht eingezogen wurden, sowie jenen, die nach 1945 litten, als sie wegen (vermuteter) prodeutscher Gesinnung in sowjetische Bergwerke verschickt wurden, in polnische Zwangsarbeitslager kamen, sich vor Gericht gegen den Vorwurf der "Abweichung von der polnischen Nationalität" verteidigen und "Treueerklärungen zur polnischen Nation" unterzeichnen mußten. Cieckiewicz wollte der Opfer beider totalitärer Regime gedenken.

"Die Toten von Auschwitz, Treblinka, Majdanek, Buchenwald, Ravensbrück dürfen nicht vergessen werden. Unsere Zukunft kann nicht vor Radikalismus bewahrt bleiben, wenn wir uns der Vergangenheit nicht stetig erinnern", schreibt Gerhard Gruschka. "Aber", fügt er hinzu - nicht um gleichzusetzen, nicht um zu relativieren, sondern um das Leid im ganzen Ausmaß kennenzulernen - "Die Aufarbeitung darf nicht 1945 enden. Die Toten von Auschwitz, denke ich, werden nichts dagegen haben, wenn ich die Toten von Swietochlowice in der Erinnerung neben sie lege."

Der Holocaust nämlich, sagt John Sack, werde durch Geschichten wie die von Solomon Morel nicht relativiert. Im Gegenteil "Der Holocaust war schlimmer, als wir dachten. Wir wußten, daß die Deutschen sechs Millionen Juden töteten. Jetzt wissen wir auch, daß sie einige hundert Juden so stark brutalisierten, daß sie wie Deutsche wurden. Was in den Lagern, was mit Morel passierte, ist eine weitere Folge des Holocaust."

Gerhard Gruschka, der ehemalige Reichsdeutsche, der sein ganzes Erwachsenenleben in der Bundesrepublik verbrachte, hat Mitte Oktober in den ziegelroten Pfosten des Tors von Swietochlowice einen kleinen Gedenkstein eingemauert. Jozef Malik, der Volksdeutsche aus Rybnik, der zeit seines Lebens in Polen blieb, stellte fast zur gleichen Zeit ein 2,70 Meter großes Holzkreuz auf dem Friedhof neben dem Lager auf. Viele Unbekannte legten zu Allerseelen hier und dort Blumen nieder und zündeten Kerzen an: zum Gedenken an die Opfer der Opfer.

...<<

1994

BRD: Der deutsche Journalist und Historiker Rainer Zitelmann berichtet im Jahre 1994 in seinem Buch "Wohin treibt unsere Republik?" über die sogenannte "Faschismuskeule" der linksradikalen 68er Studentenbewegung (x268/126): >>Man interessierte sich für die "faschistoiden" Strukturen, Tendenzen, Denkweisen usw., die man überall in der demokratischen Bundesrepublik zu entdecken glaubte und nur dort nicht suchte, wo man ehesten hätte fündig werden können: bei sich selbst. ...

1968 bildete sich eine Argumentationstypologie heraus, die bis heute bestimmend ist, ja, die intellektuelle und politische Debatte zunehmend dominiert: Wer nicht links ist, ist Nazi, ist Faschist. ...<<

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnt im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher ge-

worden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal.

...<<

1995

Unterlegen ist man im Leben erst, wenn man seine Selbstachtung verloren hat.

Marcel Proust (1871-1922, französischer Dichter)

24.01.1995

BRD: Prof. Dr. Michael Wolffsohn (deutscher Historiker und Publizist, ein prominenter Vertreter des Judentums in Deutschland) schreibt am 24. Januar 1995 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": >>**Deutsche und Juden sind aneinandergekettet ...**

Schuld ist nicht erblich. Daher ist der nachgeborene Deutsche nicht schuldig, der nachgeborene Jude kein Märtyrer.

Dennoch: Wir alle wissen, daß es sehr wohl ein Weitergeben von Bürde und Würde der Geschichte von einer Generation zur anderen gibt.

Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind; weil die erste Gedankenverbindung der meisten Nichtdeutschen in bezug auf Deutsches Auschwitz ist, also der millionenfache Judenmord. Das wird so bleiben. ...

Die Nachgeborenen sind nicht schuldig. Aber sie haften politisch für die Taten der Vorfahren. Ähnlich ist es bei Familien. Man kann Schulden erben, ohne sie verursacht zu haben, und haftet für sie. Das gilt für Deutsche und Nichtdeutsche, für Juden und Christen.

Die nachgeborenen Deutschen haften für die politische Schuld ihrer Vorfahren, und diese politische Schuld gegenüber den Juden prägt das Wir-Gefühl der Deutschen, ob sie es wollen oder nicht.

Jeder Deutsche haftet als Deutscher. Er kann es sich nicht aussuchen. Die Schuld, für die er haftet, ist dem Haftenden bekannt. Selbst bei innerem Widerwillen und Widerstand kennt heute fast jeder haftende Deutsche die haftungsbedingende Schuld. Dieses Wissen prägt sein Wesen, seine Identität - auch wenn er die Haftung ablehnt.

Die Art der Annahme oder Verweigerung der Haftung ist Instrument und Signal, nach innen und außen. Ein Signal der Erneuerung, ein Instrument der Politik, ein Mittel der Erziehung und damit der Identitätsstiftung oder Identitätsstärkung.

Deshalb gilt: Vom Verhältnis zur Endlösung hängt die politisch-moralische Erlösung der Deutschen ab.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 - 1995 berichtet später (x853/...):

>>**Das Kainszeichen für die Deutschen?**

Der bekannte deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn hat zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz in einer großen deutschen Tageszeitung (FAZ v. 24.1.95, S. 8) einen Beitrag geschrieben, in dem er davon spricht, daß die Deutschen, auch die Nachgeborenen natürlich, das Kainszeichen von Auschwitz trügen. Ein schwergewichtiges Wort!

Ein jeder kennt aus der Bibel die Geschichte des Brudermörders, der von Gott zwar das bekannte Kainsmal bekam, an dem sich aber niemand vergreifen durfte, weil das Kainsmal gleichzeitig einen Schutz bedeutete und Gott sich Strafen ausdrücklich selber vorbehielt.

Über Auschwitz ist schon viel geschrieben worden und wird noch viel geschrieben werden. Hier soll nicht die Frage nach den Umständen der Ermordung der Juden erneut erörtert werden, auch nicht die Frage nach der Zahl der dort Umgekommenen, die Wolffsohn als Historiker gegenüber früheren Feststellungen mit "nur" 1,4 Millionen angibt. Das alles soll hier beiseite bleiben. Gefragt werden soll hier nur, ob Wolffsohn berechtigt ist, den Deutschen das Kainszeichen einzubrennen oder nicht.

Wie bekannt war das Kainszeichen ein Zeichen Gottes, das nur er gegeben hat und geben

durfte und kein Mensch. Wolffsohn, so scheint es, tut auch sich selbst und den Juden nichts Gutes an, wenn er den Deutschen das Kainsmal auferlegen will, das Gott, der ja nicht nur der Gott der Juden, sondern auch der Christen ist, Kain auferlegt hat. Es steht nicht in seiner Macht, Taten Gottes nachzuahmen. Das grenzt an Blasphemie und ist eine Hybris dazu, die der von Hitler und Stalin ähnelt, weil sie Gott in beiden Religionen heruntersetzt, zumal Wolffsohn die Schutzfunktion des Kainszeichens geflissentlich oder bewußt übersieht. Damit wird dieses Zeichen nicht zu einem Zeichen der Vergebung, als das es ja von Gott auch gesehen wurde, sondern nur zu einem Straf- und sogar zu einem Racheakt.

Es steht dem Menschen einfach nicht zu, von sich aus Gottes Handeln anderen aufzuerlegen, wenn Gott nicht entthront und damit vermenschlicht werden soll. Dieser Versuch muß gerade bei der jungen Generation, die ohnehin mit Gott, Glaube und Religion ihre Mühe hat, auf Unverständnis stoßen und muß sie weiter dem gemeinsamen Gott entfremden, ganz besonders dann, wenn Menschen sich erdreisten, an Stelle Gottes fragwürdige Ersatzhandlungen anderen aufzuerlegen. Die junge Generation muß denken, was das wohl für ein Gott sei, der sich von Menschen zu solchem anstiften läßt.

Nein, was in der Bibel steht, muß biblisch bleiben, kann nicht willkürlich von Menschen wiederholt werden, auch nicht in fragwürdigen wissenschaftlichen Studien, die so schön mit der deutschen und jüdischen Identität begründet werden, ein Allerweltswort, das in dem modernen psychologischen Trend mißbraucht wird und daher kaum zu einer Klärung beitragen kann. Ob nicht Kain durch das Kainszeichen seine wirkliche Identität gefunden hat?

Aber noch einmal, kein Mensch kann das wiederholen, jeder Täter muß mit Gott selbst ins Reine kommen, auch seine Kinder und Kindeskinde können das für ihn selbst nicht stellvertretend tun. Das ist die christliche Botschaft der Liebe und nicht der Rache. Hier scheint es freilich einen Unterschied zwischen dem jüdischen und dem christlichen Gott zu geben. Oder ist das nur der Unterschied zwischen Gott und Michael Wolffsohn?<<

28.01.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Januar 1995: >>... **Polen und Juden in Auschwitz – eine schwierige Beziehung zwischen Opfern**

Manche Zuhörer registrieren, das Walesa - wie schon tags zuvor in der jagiellonischen Universität in Krakau - jeden Hinweis auf die jüdischen Opfer des Holocaust vermeidet. Das hebt er sich für die folgende Gedenkfeier in Birkenau auf. Da spricht er aber auch nur an einer Stelle von der "Vernichtung der Juden und Roma", die Hitler auch für andere Völker vorbereitet habe – "besonders für die Polen". Auschwitz sei keine Ausnahme: "Die Welt ist voller solch trauriger Orte."

In Krakau sprach Walesa von den polnischen Professoren der Universität, die zu Anfang der deutschen Besatzung ermordet worden waren, er sprach von Auschwitz als einer Todesfabrik des Völkermords. Er sagte Völkermord, nicht Holocaust, und er erwähnte die Herkunft der Opfer nicht.

Der Stuhl Elie Wiesels, des Friedensnobelpreisträgers und ehemaligen Auschwitz-Häftlings blieb leer. Wiesel sprach dafür in Birkenau bei der inoffiziellen Feier der jüdischen Organisationen, die von Vertretern der jüdischen Minderheit in Polen organisiert worden war.

... Es war ... auch ein bißchen die Genugtuung, nicht zugelassen zu haben, das Andenken an Auschwitz vereinnahmen zu lassen. Den Vorwurf der Vereinnahmung hatten jüdische Vertreter aus den USA und der Bundesrepublik an die polnischen Organisatoren gerichtet, schon im Vorfeld der Feiern. Deshalb war die jüdische Andacht in Birkenau außerhalb des offiziellen Programms schließlich zustande gekommen.

Die beiderseitigen Empfindlichkeiten zwischen Juden und Polen sorgten immer wieder für Zwischentöne in fast allen Feierlichkeiten - durch die Nuancen, die dabei immer wieder deutlich wurden. Mehrmals wiesen jüdische Vertreter darauf hin, Auschwitz sei Vernichtungslager

vor allem für Juden gewesen, 90 Prozent der Opfer seien Juden gewesen.

Fast ebenso oft wies Walesa darauf hin, das Lager liege in Polen, sei aber "nicht von polnischen Händen erbaut worden." Tief sitzt die Furcht vieler Juden, die Polen könnten sich Auschwitz als Symbol des Holocausts "aneignen". Ebenso tief sitzt die Furcht der Polen, mit Auschwitz auf die Täterseite gesetzt zu werden. Beide Ängste, auch das zeigten die Feiern, sind durchaus begründet.

Jüngste Umfragen in Polen haben ergeben, daß nur eine kleine Minderheit Auschwitz in erster Linie mit dem Massenmord an den europäischen Juden in Zusammenhang bringt, fast die Hälfte der Befragten bezeichnet es dagegen als Symbol des Völkermords an den Polen.

Schewach Weiss, Vorsitzender des israelischen Parlaments, der Knesset, erklärte in einem Interview mit der "Gazeta Woborcza", viele Juden sähen in den Polen vor allem die Helfer der SS und Antisemiten. Daß 40 Prozent der von Israel mit dem Ehrentitel "Gerechte unter den Völkern" ausgezeichneten Menschen aus Polen stammten, spiele dabei keine wesentliche Rolle.

Die Tatsache, daß nur eine Minderheit der Polen (wie neueste Umfragen belegen) das Lager Auschwitz in erster Linie mit dem Holocaust an den Juden verbinden, ist allerdings kein "Erfolg" katholischer Vereinnahmung. Denn schließlich haben Polens Kommunisten 40 Jahre lang den Völkermord für Polen vereinnahmt. Wie in der Sowjetunion nicht von jüdischen Opfern, sondern von den ermordeten "Sowjetmenschen" ohne Angabe der Nationalität die Rede war, so war in Polen neutral von "Völkermordopfern" die Rede. ...<<

30.01.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Januar 1995: >>Nur für die NS-Gedenkstätten gibt es in diesem Jahr mehr Geld

... Aufgestockt wird allein der Etat für die "Gedenkstättenarbeit" (in Niedersachsen) ... Für dieses Jahr sind knapp 300.000 DM zusätzlich vorgesehen, um vor allem die zentrale Gedenkveranstaltung am 27. April zur 50. Wiederkehr der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen zu finanzieren, wie die Landtagsfraktionen übereinstimmend meinen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 30. Januar 1995: >>Bubis nennt Polen antisemitisch

... Auch am Wochenende nach der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Befreiung zum 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz haben jüdische Organisationen den polnischen Veranstaltern schwere Vorwürfe gemacht.

Von "unterschwelligem Antisemitismus" bei der Warschauer Staatsführung sprach der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, am Sonntag im Hessischen Rundfunk. ...<<

Januar 1995

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Januar 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12/1 – 1994/95 (x853/...):

>>Welch ein Jahrhundert!

1. Den 8. Mai 1945 verbrachte ich in englischer Gefangenschaft bei Eutin in Schleswig-Holstein. An dies Datum der Gesamtkapitulation der Wehrmacht wird jetzt vielfach erinnert. Eigene Erlebnisse können eine Besinnung verlebendigen. Am 2. Mai 1945 war ich in die gerade britisch besetzte Stadt Lübeck - nachdem ich mich abenteuerlich von Swinemünde über Stralsund, Rostock, Wismar/Bad Kleinen mit sehr viel Glück hatte durchschlagen können - bewußt hineingefahren. Es ging dabei um Tage, ja um Stunden, um den rasch in Mecklenburg vordringenden Sowjetrussen zu entkommen.

Wer nicht schnell genug am 1. und 2. Mai war, kam in deren Gefangenschaft oder in die der Amerikaner die damals in Nord-, Mittel- und Süddeutschland hunderttausende deutsche Kriegsgefangene an die Rote Armee auslieferten. Dieser Art "Befreiung" konnten wir entge-

hen. Bald wirkten sich die Unterschiedlichkeit der Kriegsziele der "Alliierten", die gar nicht so latenten Divergenzen der Anti-Hitler-Deutschland-Koalition, der unvermeidliche Zusammenstoß der Stalinschen Weltbeherrschungsstrategien mit den westlichen Kräften (Roosevelt war gerade gestorben) besonders in Deutschland aus. Der "Eiserne Vorhang" ging mitten durch Deutschland nieder. Der "Kalte Krieg" begann.

2. Im Gefangenenlager gab es Gespräche: was wird nun in Deutschland? Welche Personen, Institutionen haben (noch) Autorität, können einen guten Neuanfang in die Hand nehmen? Mir schien - mit anderen - die Rolle der Kirche jetzt providentiell. Sie hatte - vom Papst, über die Bischöfe und Priester, bis zu den Gläubigen - sich bewährt, ja widerstanden.

Jeder zweite Priester war mit der Gestapo aneinandergeraten, hunderte waren im KZ umgekommen, die Katholiken hatten ganz mehrheitlich Hitler nicht gewählt, waren vielmehr - gut geschult in der geistigen Auseinandersetzung mit den Ideologien des Kommunismus und dem sozialdarwinistischen Nationalsozialismus - immunisiert und durch ein intaktes religiöses Leben gefestigt. Die Glaubwürdigkeit der Kirche war 1945 groß. Der häufig erbetene "Persilschein" eines Pfarrers galt etwas. Die Institution hatte sich im Kern durchsetzen können.

Furchtbaren Verlusten, Völkerrechts- und Kirchenrechtswidrigen Vertreibungen stand diese Tatsache gegenüber. Die besonders kirchlich geförderte und bewerkstelligte Integration von 12 Millionen Vertriebenen belegt diese insofern noch glückliche Konstellation.

Was die berechtigten Erwartungen an die Kirche 1945 anlangt, wurden sie also zunächst einigermaßen erfüllt. Sie war und blieb religiös-geistige Heimat; sie half - jedenfalls im Großen und Ganzen - in dieser schicksalhaften Notlage. Die Kirchen waren voll.

3. Als Katastrophenjahr für die Kirche stellte sich dann erst richtig das Jahr 1968, das Jahr der Kulturrevolution heraus, die voll in die Kirche durchschlug und einen - intern induzierten - Massenabfall ohne äußere Not und ohnegleichen bewirkte. Allerdings war das nicht so ganz ohne Vorgeschichte. Merkwürdig mutete schon an, daß man das einst blühende katholische Verbandswesen, das in nationalsozialistischer Zeit behindert, verboten, zerstört worden war, nach dem Krieg nicht so recht mehr wiederaufbauen wollte.

Das katholische Schulwesen, von Gläubigen in den dreißiger Jahren mutig verteidigt, dennoch größtenteils kaputtgemacht, konnte nach 1945 zwar wieder aufgebaut werden, geriet indes bald unter die Räder jenes eigentümlich dem Katholischen abträglichen "ökumenischen" Einheitsstrebens, das jene Güter, für die katholische Christen gerade noch unter Gefahren gekämpft hatten, nun ohne Not beinahe kampflos preiszugeben bereit war: z.B. katholische Schulen und katholische Pädagogische Hochschulen.

Es sei hier auch an Tendenzen in der Theologie, z.B. jene, die Pius XII. in "Humani generis" verurteilte, erinnert, gewisse Bestrebungen in der liturgischen Bewegung erwähnt, bei denen *rerum novarum cupidi* in verstörender Weise zu Werke gingen. Und da sind wir dann rasch auf allgemeinere geistesgeschichtliche Zusammenhänge verwiesen, die eine Besinnung, über die letzten 50 Jahre hinaus, in die Philosophie- und Ideologieggeschichte dieses Jahrhunderts ausweiten.

4. "Wen die konkreten praktisch-politischen Probleme unserer Zeit bedrängen, der muß mit Staunen feststellen, wie vollständig (fast) sie bei **Scheler** schon ins Auge gefaßt und behandelt worden sind. Man erlebt unmittelbar die Einheitlichkeit der Grundgestalt unseres jetzt zu Ende gehenden Jahrhunderts, wie sie schon an dessen Anfang dem dafür sensiblen Geist spürbar war. Das erweisen Schelers Ausführungen. Des weiteren erstaunt, wieviel Scheler zur Situation seiner (und also auch weitgehend unserer) Zeit zu sagen hat, das problemaufschließend auch für uns heute ist.

Das erste bezeugt die persönliche Sensibilität und Herzensweite seiner Person - es erinnert an das, was er selbst über die aufschließende Kraft der Liebe und der liebenden Anteilnahme als Grundakt menschlicher Existenz aufgezeigt und ausgeführt hat. Eine Persönlichkeit wie Sche-

ler, so empfindet man oder so empfand wenigstens ich, vermissen wir heute.

Dazu kommt aber nun das zweite: die problemaufschließende Fähigkeit. Sie und die damit verbundene geistige Vertiefung und Horizonterweiterung verdankt Scheler zweifellos in einem zentralen Kern der um die Jahrhundertwende zum Durchbruch gekommenen Phänomenologie, zu deren Mitbegründern und ersten Vertretern er zu zählen ist."

(Eberhard Ave-Lallemant, Die Aktualität von Schelers Politischer Philosophie, in: Phänomenologische Forschungen Bd. 28/29, Verlag Karl Alber Freiburg/München 1994, S. 116-163, hier S. 117 ff.).

"Daß uns dieser durchaus standhaltende Geist in unserer weithin so resignativen Zeit ermutigen kann, darin sehe ich eine wichtige Seite der Aktualität des Werkes von Scheler. Das Aufnehmen dieses Impulses erlaubt uns auch ein Anknüpfen an unsere kulturelle Identität, die in und durch Europa und vor allem Deutschland durch die politischen Umbrüche bis heute nachhaltig gestört ist" (ebenda S. 124).

5. Schelers Personenlehre ermöglichte ihm, auch Formen von sogenannten Gesamtpersonen zu erkennen und zu umschreiben: Kirche, Kulturkreis und Nation. In dem zitierten, vorzüglichen Artikel wird die Fruchtbarkeit der Schelerschen Aufweisungen im Hinblick auf Nationalbewußtsein, 'Vergangenheitsbewältigung', Realpolitik und Solidaritätsforderung dargestellt. Welche Bedeutung für die geistige Reinigung und die sittliche Erneuerung Deutschlands - nach der Urkatastrophe des ersten und dem Kampf um Europa im und nach dem zweiten Weltkrieg - Aussagen Schelers haben können, sei belegt durch seine exemplarische Abhandlung 'Reue und Wiedergeburt' aus dem Schicksalsjahr 1917.

Hier ist nach Scheler zu sehen, daß existentielle Phänomene, wie Schuld, Scham, Reue, Würde, Stolz wie im personalen so auch im gesamtpersonalen Zentrum gelten. Mag es bei anderen Völkern einen manchmal naiven Stolz, eine alles dabei Störende grundsätzlich verdrängende Selbstverklärung (Frankreich, Italien, Polen, England, USA), mag es ein ganz natürliches sich zugehörig fühlen geben, wir Deutsche stehen hier in einem teilweise bewußt herbeigeführten Defizit, bis zur ideologie-politisch instrumentalisierten kollektiven Neurose, bis zu einer Art Selbsthaß.

Welche klärende heilende Kraft hier die Schelerschen Aufweise haben und entwickeln können, liegt auf der Hand. Wenn Scheler seine Untersuchung von 1916/17 über 'Die Ursachen des Deutschenhasses'. Eine nationalpädagogische Erörterung nennt, ist man wirklich erstaunt über eine das Jahrhundert durchziehende, in der Tiefe existentielle, gesamtpersonale Erscheinung.

6. Aber auch die in Verstörung, Uneinigkeit, mangelnde oder selektive Identifizierung, Entheimatung, Selbstsäkularisierung in Kult und Verkündigung geratene Kirche könnte von Schelers und übrigens auch Guardinis Erkenntnissen und Anreden Hilfen erfahren.

Wenn der Papst angeregt hat, die Kirche solle am Ende des Jahrhunderts eigene Schuld sehen und sich in Scham und Reue davon lösen, wäre dies - abseits der ... Instrumentalisierung - ein Königsweg zur Wiedergeburt. Das würde für Haupt und Glieder gelten. Und manches sehr Peinliche müßte zur Sprache kommen. Vor Einseitigkeiten und oberflächlichen Banalisierungen könnten bei solchem heiklen, herben Unterfangen die Schelerschen Unterscheidungen ... bewahren. Z.B. vor jener Art von Selbstbezeichnungen, die eine günstigere Position für umfassende Toleranzdialoge und großökumenische Einheitsumarmungen herstellen will.

Aber die Phänomenologie ist noch für Umfassenderes offen. Aus Gesprächen Edmund Husserls aus den letzten Lebensjahren (mit der Benediktinerin Adelgundis Jägerschmidt) sei wiedergegeben: "Er wisse, daß gerade meine Phänomenologie, und nur sie, die Philosophie ist, die die Kirche brauchen kann, weil sie mit dem Thomismus zusammenführt und die thomistische Philosophie weiterführt." ...

"Ich habe Ihnen schon öfter gesagt, daß meine Philosophie, die Phänomenologie, nichts ande-

res als ein Weg, eine Methode sein will, um Menschen, die eben gerade vom Christentum und von den christlichen Kirchen abgerückt sind, wieder den Rückweg zu Gott zu zeigen." (Edmund Husserl zu Metaphysik und Religion, von Eberhard Ave-Lallemant, in: Hans-Martin Gerlach/Hans Rainer Sepp (Hrsg.), Husserl in Halle - Spurensuche im Anfang der Phänomenologie, Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften 1994, S. 85-108, hier: S. 106). Bedeutende Geistesgestalten haben diesen Aufbruch weitergeführt:

Alexander Pfänder, Adolf Reinach, Dietrich von Hildebrand, Balduin Schwarz, Hedwig Conrad-Martius, Edith Stein, Hans-Eduard Hengstenberg, Walter Hoeres, Josef Seifert u.a.m. Leider sind ihre Ansätze für das Konzil und danach kaum fruchtbar gemacht worden. Andere hatten sich vorgedrängt, wurden herangezogen.

7. Die Glaubwürdigkeit der Kirche im Zusammenbruch 1945 verdankt sie auch ihren Zeugen. Die abgründige Gemeinheit, die brutale Rechtsbeugung im nationalsozialistischen Regime war mir am Schicksal von 3 mir bekannten Priestern 1945 noch ganz nahe.

Prälat Carl Lampert, P. Friedrich Lorenz OMI, Kaplan Herbert Simoleit, in Stettin im Kriege lebend und wirkend, wurden nach Spitzelzeugnis verurteilt und am 13. November 1944 in Halle/Saale durch Enthauptung hingerichtet.

P. Lorenz schrieb in seinem schlichten Testament: "Blut ist geflossen am Kreuze, Blut fließt auf unseren Altären als Erneuerung des Kreuzesopfers. Mit diesem Blut vereinigt sich mein Tröpflein Blut zur Anbetung, Ehre und Verherrlichung Gottes."

In der Stettiner Propsteikirche, wo diese drei Priester gewirkt hatten, wurde jetzt, genau 50 Jahre später, von Kardinal Sterzinsky, Erzbischof von Berlin, und Erzbischof Marian Przykucki, zusammen mit ca. 1.500 Pilgern aus Berlin, eine Gedenktafel enthüllt.

Und als ob die Hölle sich auftat, waren im Mai 1945 gerade jene fürchterlich entfesselten Plünderungen, Morde, viehischen reihenweisen Schändungen, ein beispiellos verwüstender, brandschatzender, oft alkoholisierter Vandalismus über die gepflegten deutschen Ostprovinzen hereingebrochen. Dies übrigens ein Hauptmotiv für den verbissenen Kampf der Soldaten bis zum Ende, um noch Millionen - meist über die Ostsee - retten zu können.

8. Unter solchen ganz außerordentlichen Widerfahrnissen stand die Zeit für uns vor 50 Jahren. Welch ein Jahrhundert! Und wieviele Kriege seit 1945 und auch jetzt noch! Als ob die Orientierungslosigkeit, die große Verwirrung - bis in die Sprache -, die verbreitete Ratlosigkeit, auch nach dem Zusammenbruch des wohl mörderischsten Regimes der Weltgeschichte, der "Schande des Jahrhunderts" (Josef Ratzinger) sich noch steigern muß die Kirche nicht alle ihre ureigenen Kräfte, und die vor allem, zusammennehmen, um der "Forderung der Stunde" (Goethe) zu entsprechen?

Wenn verführter, mißbrauchter, schlecht geführter, ausgebeuteter Idealismus und die tiefen Verletzungen Irreführter und Belogener ein Stigma dieses Jahrhunderts sind, wäre angebracht, daß auch die Kirche aus diesen für manche immer noch schmerzenden Erfahrungen lernt: klare, wahrhaftige Rede, keine Leerformeln, Zeitgeistanpassungen strikt meiden, gegenüber flachen Kurzzeit-Euphorien, gewolltem Optimismus, zweckhaftem Defaitismus geistlich nüchtern sein, im Zentrum des Glaubens und Lebens bleiben.

Das hilft unterscheiden, wirkt ideologiekritisch. Im übrigen werden wir aufzuräumen haben, was die bösen Geister dieses Jahrhunderts an Trümmern und Wracks ständig hinterlassen.

Dankbar für alles, was uns hindurchgetragen hat, bewegt von der unfassbaren Geduld des Allheiligen mit unserem Volk, das darin wieder erstarken kann, mit seiner Kirche, die wieder aus tiefer Entfremdung zu sich, d.h. zu ihrem Herrn, wie sie ihn immer verstanden und geglaubt hat, finden kann.<<

05.02.1995

BRD: Erzbischof Johannes Diba beklagt im Bistumsblatt vom 5. Februar 1995 die unangemessene Vergangenheitsbewältigung der Deutschen (x268/116,119): >>Wenn immer wir

solch unseliger Geschichtstatsachen gedenken, sollten wir uns nicht damit begnügen, unseren Vorfahren an die Brust zu schlagen, sondern unsere eigene Zeit und unser eigenes Tun im Licht dieser Zeit und Erfahrungen bedenken.

Nicht für das, was vor 500 Jahren in Amerika oder vor 50 Jahren in Auschwitz geschah, werden wir einmal zur Rechenschaft gezogen, sondern für das, was wir heute an Unrecht zulassen. Man hat manchmal den Eindruck, daß unser Schuldbewußtsein um so undeutlicher wird, je näher die Schuld an uns heranreicht. ...<<

>>... Es ist uns gesagt worden, "nach Auschwitz" könne man nicht mehr an Gott glauben, ja nicht mehr beten. Ich würde eher umgekehrt reagieren: Auschwitz hat uns gezeigt, wohin die Menschen gelangen, wenn sie Gott und seine Gebote verachten und ihren eigenen Willen zum absoluten Gesetz erheben. ... Der Gottesverachtung folgt die Menschenverachtung. Das ist die ewige Lektion, die Auschwitz uns lehrt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt später über das krankhafte Schuldbewußtsein der Deutschen (x268/223): >>... Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen. ...<<

10.02.1995

BRD: Der deutsche Journalist Alfred Theisen berichtet am 10. Februar 1995 in der Beilage der Wochenzeitung "DAS PARLAMENT" über "Die Vertreibung der Deutschen – Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte" (x163/1-18):

>>**I. Ein verdrängtes Thema**

Nach Angaben des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sind derzeit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Nachrichten über Vertreibung und Völkermord erreichen uns längst nicht mehr nur von fernen Kontinenten. Seit Beginn der neunziger Jahre sind durch die serbische Aggression auf dem Balkan Flucht und Vertreibung auch in Europa wieder brutale Wirklichkeit geworden. Die Zahl der Opfer dieses europäischen Kriegsschauplatzes geht bereits in die Hunderttausende.

Die Bilder des Schreckens von Vertreibung, Massentötungen, systematischen Vergewaltigungen und anderen Gewaltverbrechen gegen die Zivilbevölkerung rufen bei Millionen vertriebenen Deutschen traumatische Erinnerungen wach. Sie denken dabei nicht nur an persönlich erlittenes Leid, sondern auch an die tiefen kulturhistorischen und zivilisatorischen Wunden, die Deutschland und Europa mit der Vertreibung von Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges zugefügt worden sind.

Daß dies oft aus Gleichgültigkeit vielen West- und Mitteldeutschen unbekannt ist, verletzt deutsche Heimatvertriebene. Was weiß man eigentlich über das Schicksal der über zwölf Millionen geflüchteten und vertriebenen Deutschen, was will man überhaupt noch wissen? Waren es damals tatsächlich nur Flucht und Evakuierung, wie die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen der siebziger Jahre es beschreiben? Handelte es sich bei den Grausamkeiten nur um gelegentliche, fast entschuldbar spontane Vergeltungsmaßnahmen der Vertreiber?

Die Unwissenheit über die Verbrechen an Millionen deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen offenbart die Versäumnisse von Lehrern, Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten, die es unterlassen haben, dies, aber auch Leistung und Schicksal des geschichtlichen Ostdeutschlands, des Sudetenlandes und anderer Vertreibungsregionen zu vermitteln.

Ein für die Situation bezeichnendes Urteil über den Umgang mit dem Thema "Vertreibung in Film und Literatur" enthält ein Gutachten, das Heinz Nawratil in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" in folgendem Auszug veröffentlichte:

"Man fragt sich unwillkürlich, weshalb ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis wie der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete weder in

der ernstzunehmenden deutschen Literatur noch in deutschen Filmen – unter welchen politischen und unpolitischen Aspekten auch immer – ein irgendwie bemerkenswertes Echo gefunden hat.

Gesetzt den Fall, ein ähnliches Schicksal hätte Frankreich, Italien oder England getroffen – wäre es da denkbar, daß französische, italienische oder englische Filmemacher einen derartig spektakulären und sozial äußerst folgenschweren Vorgang in ihrem Land jahrzehntelang einfach ignorierten oder sich gar durch opportunistische Selbstzensur (was wird wohl das Ausland dazu sagen?) an einer freimütigen Behandlung dieses so ungemein reichhaltigen Stoffgebietes hindern ließen?"

Seit Beginn der fünfziger Jahre bemühte sich immerhin das damalige Bundesministerium für Vertriebene, die Lücken der geschichtlichen Überlieferung dadurch zu schließen, daß großangelegte Recherchen durchgeführt wurden, in deren Namen Niederschriften (z.B. Erlebnisberichte, Tagebücher, Briefe) von Tausenden Betroffenen aus allen Vertreibungsgebieten gesammelt wurden. Eine Auswahl aus diesem Material hat die Bundesregierung 1953 bis 1961 in der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" herausgegeben. Diese Dokumentation ist erst – seit dem sie über zwei Jahrzehnte nicht mehr erhältlich war (und dies auch aus politischen Gründen) – im Mai 1984 neu aufgelegt worden.

Im Bundesarchiv/Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth lagern mehr als 40.000 solcher Zeugnisse von Vertriebenen. Jahrelang wurde ein wissenschaftlicher Bericht zu diesen Unterlagen von den Bundesregierungen unter Verschuß gehalten. Erst seit Dezember 1982 sind diese Dokumente zur publizistischen und wissenschaftlichen Nutzung freigegeben worden, nachdem vorher nur einige kleine Teile davon an die Öffentlichkeit gelangen konnte.

Die Literatur, die sich mit der Vertreibung auseinandersetzt, ist inzwischen auf einen stattlichen Bestand an ausführlichen Dokumentationen, kommentierenden und analysierenden Büchern angewachsen. Dennoch ist die Vertreibung nach wie vor fast alleiniges Thema der Vertriebenen selbst geblieben. Im englischen Sprachraum hat sich der Historiker Alfred M. de Zayas im Hinblick auf die Verbreitung des Wissens um die Vertreibung verdient gemacht.

Als einer der seltenen Versuche, auch im Fernsehen über das Thema der Vertreibung zu informieren, muß die am 3. November 1985 im ZDF ausgestrahlte, von Ekkehard Kuhn zu verantwortende Fernsehsendung "Das deutsche Nachkriegswunder, Leid und Leistung der Vertriebenen" genannt werden.

In seinem zwei Jahre später erschienenen Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen" zieht Kuhn jedoch die ernüchternde Bilanz: "Die Solidarität, das Mitgefühl mit Opfern der Vertreibung, den Toten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden."

Obwohl jeder vierte Einwohner der ehemaligen DDR entweder selbst vertrieben wurde oder aus einer Vertriebenenfamilie stammt, war das Thema der Vertreibung unter den Kommunisten selbstverständlich ebenfalls tabuisiert. Bereits am 8. Oktober 1945 verfügte die sächsische Landesregierung, daß nur noch von "Umsiedlern" gesprochen werden sollte. Zu Beginn der fünfziger Jahre wurden die Vertriebenen in der DDR im offiziellen Sprachgebrauch der SED-Diktatur beschönigend als "Neubürger" bezeichnet.

... In der Folgezeit fand das den strategischen Zielen des Sowjetimperiums zuwiderlaufende Thema der Vertreibung in den Medien, Schulen, der Wissenschaft und Literatur der DDR nicht mehr statt. Indirekt an die Vertreibung erinnert wurde in der DDR jedoch ständig durch die endlosen Revanchismuskampagnen gegen die Landsmannschaften der Vertriebenen im Westen, denen in der Feinbildpropaganda der Kommunisten eine große Rolle zukam. ...

Auch nach der Auflösung der SED-Herrschaft steckt die wissenschaftliche Forschung des Schicksals der Vertriebenen in der DDR noch in den Anfängen. Seit Beginn der neunziger Jahre wurde jedoch an den Hochschulen in Berlin und Magdeburg eine Reihe von entspre-

chenden Forschungsprojekten in Auftrag gegeben.

In dem Abschlußbericht der Enquetekommission des Deutschen Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" wird dieses Thema nur sehr am Rande behandelt. Ungeachtet dieser geringen öffentlichen bzw. politischen Aufmerksamkeit haben sich die Vertriebenen in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung der beiden Staaten in Deutschland in starken Verbänden zusammengeschlossen. Der Bund der Vertriebenen (BdV) und einzelne Landsmannschaften verfügen in den neuen Bundesländern über erhebliche Mitgliederzahlen (Ende 1994 rd. 200.000).

II. Die politische Vorgeschichte der Vertreibung

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg warf die Vertreibung ihre Schatten voraus, wurde Ost- und Sudetendeutschen das versprochene Selbstbestimmungsrecht vorenthalten. Durch den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 und den Vertrag von St. Germain mit Österreich vom 10. September 1919 wurde das erst wenige Monate vorher vom amerikanischen Präsidenten Wilson feierlich ausgerufene Selbstbestimmungsrecht der Völker auf die Deutschen nicht angewandt: Das Memelgebiet wurde abgetrennt, der überwiegende Teil der Provinz Posen, weite Gebiete Westpreußens und ein Drittel Oberschlesiens gerieten unter polnische Herrschaft; das sogenannte Hultschiner Ländchen und die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete Böhmens, Mährens und Österreich-Schlesiens wurde ungefragt der neu gegründeten Tschechoslowakei zugeschlagen.

Hier bereits erfolgten die politischen Weichenstellungen, die Europa in noch größere Tragödien stürzen sollten. Hinzu kamen aufgrund des umstrittenen Kriegsschuldartikels hohe, nicht erfüllbare Reparationsforderungen. Diese sowie die umfangreichen Gebietsabtretungen raubten der Weimarer Demokratie mit der Wirtschaftskraft auch die politische Stabilität. Eine demokratische Westorientierung der ersten deutschen Republik war durch Versailles selbst verhindert worden. Revisionistische Tendenzen und Volksgruppenprobleme bildeten somit den fruchtbaren Boden für die nationalsozialistische Propaganda und letztlich den Weg zum Zweiten Weltkrieg.

Von dem Leid, das durch den Nationalsozialismus und Krieg von Deutschen den Juden, Polen, Russen Tschechen und anderen zugefügt wurde darf nichts geleugnet werden, und es wird auch nichts verschwiegen. Im Gegenteil: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus füllt mittlerweile nicht nur ganze Bibliotheken, sie ist auch – zu Recht – Bestandteil unserer demokratischen politischen Kultur geworden. Daß es auch in Deutschlands östlichen Nachbarvölkern Verbrecher und Kriegstreiber gegeben hat, macht die Bürde der Schuld der Deutschen nicht geringer. Jedoch kann Unrecht nicht das Begehen neuen Unrechts rechtfertigen.

Schon während des Krieges fanden wichtige Entscheidungen der künftigen Siegermächte über die territoriale Neuordnung Mitteleuropas nach dem Kriege statt. Allerdings bekannten sich am 14. August 1941 die Alliierten in der "Atlantik-Charta" dazu, "daß nach Kriegsende keine territorialen Veränderungen Platz greifen sollen, die nicht mit dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der Völker übereinstimmen".

Auch die polnische Exilregierung, der tschechoslowakische Exilpräsident Edvard Benesch und die Sowjetunion unterzeichneten diese Charta. Dabei kann man davon ausgehen, daß dies sowohl für Benesch wie für Stalin lediglich eine taktische Maßnahme war. So gehörte Benesch seit dem Münchener Abkommen zu den Befürwortern einer Vertreibung von Sudetendeutschen, und ihm gelang es auch als erstem, grundsätzlich die Zustimmung nicht nur Stalins, sondern auch der amerikanischen und britischen Regierung zur Vertreibung der Sudetendeutschen zu erreichen.

Stalin hatte zu dieser Zeit bereits als Folge seines Paktes mit Hitler und entsprechender sowjetischer Gebietsokkupationen Zwangsaussiedlungen zugestimmt, die keinen Zweifel daran lie-

ßen, daß er an seinen zu Kriegsbeginn geplanten Gebietsaneignungen festhalten wollte. Nur 14 Tage nach der Verabschiedung der Atlantik-Charta erließ Stalin am 28. August 1941 das Dekret "Über die Umsiedlung der Deutschen des Wolgagebietes", was einem Todesurteil für die nationale, kulturelle und religiöse Selbständigkeit dieser Volksgruppe gleichkam.

In den Verhandlungen der Siegermächte während des Krieges kam es Stalin und den später von ihm mit an den Verhandlungstisch gebrachten moskautreuen polnischen Kommunisten darauf an, eine Westverschiebung Polens zu Lasten Deutschlands durchzusetzen und diese Grenzveränderungen durch Zwangsumsiedlungen der deutschen Bevölkerung unumkehrbar zu machen.

Nicht zuletzt durch eine Reihe von Täuschungsmanövern gelang es Stalin, die Zustimmungen der westlichen Regierungen sowohl zur Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen nach Westen, wie auch auf der Konferenz von Jalta ihr Einverständnis zur Verschleppung von Deutschen zur Zwangsarbeit in sowjetische Arbeitslager zu erreichen.

Obwohl die amerikanische und britische Regierung – sowohl was das Ausmaß der späteren Westverschiebung Polens wie auch der Vertreibung von Deutschen anbelangt – sich weitergehenden Planungen entgegenstellten, muß festgehalten werden, daß auch Staatsmänner der westlichen Demokratien damals der Vertreibung das Wort geredet haben.

Auf der Konferenz von Teheran, Ende 1943, stellte der damalige britische Premierminister Winston Churchill seinen später zur Vertreibung führenden Vorschlag einer Westverschiebung Polens vor. Westliche Politiker stimmten damals der Vertreibung von Deutschen zu, auch wenn sie später auf deren Umfang und brutale Durchführung keinen Einfluß mehr hatten und sich amerikanische und britische Politiker über das Ausmaß der seit Kriegsende an den Ost- und Sudetendeutschen begangenen Verbrechen entrüsteten.

Angaben zum damaligen unabhängigen national-polnischen Standpunkt in der Oder-Neiße-Diskussion findet man in einem Interview, das der Ministerpräsident der Londoner Exilregierung Polens Tomasz Arciszewski, am 17. Dezember 1944 der "Sunday Times" gegeben hat. Danach sollte das Vorkriegspolen wiedererstehen. "Amputationen" im Osten zugunsten Stalins lehnte er ab. Dafür erhob er im Westen Anspruch auf das industriereiche Oberschlesien, auf die bis 1939 Freie Stadt Danzig sowie auf Ostpreußen und Teile von Pommern.

Arciszewski lehnte es ab, Gebiete mit acht bis zehn Millionen Deutschen zu verlangen. Wörtlich sagte er: "Wir wollen weder Stettin noch Breslau."

Ebenso lehnte der militärische Führer des polnischen Exils, General Wladislaw Anders, zu weitgehende Annexionen deutschen Gebietes ab.

Entgegen den in Jalta getroffenen Vereinbarungen, die endgültige Regelung der polnischen Grenzen einer Friedenskonferenz vorzubehalten, übertrug die Sowjetregierung nach der militärischen Besetzung die Gebietshoheit über den deutschen Osten, mit Ausnahme des Gebietes rings um Königsberg, der von ihr abhängigen polnisch-kommunistischen Regierung in Warschau. Diese errichtete noch vor Kriegsende am 14. März 1945 in den Oder-Neiße-Gebieten 4 Wojewodschaften (Bezirksverwaltungen), denen am 20. März als fünfte die Wojewodschaft Danzig folgte.

Nicht nur gegenüber den Deutschen versündigten sich die westlichen Siegermächte an ihren eigenen Zielsetzungen der Atlantik-Charta, sondern auch dadurch, daß sie in der Folgezeit die demokratischen Repräsentanten Polens - sowohl die Exilregierung in London wie den polnischen Widerstand – zunehmend ignorierten und an deren Stelle die Marionetten stalinscher Machtpolitik in Warschau akzeptierten.

Zu spät erkannten die Westmächte, daß sie unter irrigen Voraussetzungen Stalins Politik der Westverschiebung Rußlands und Polens unterstützt hatten. Der sowjetische Einfluß reichte nun bis zur Elbe und die innerhalb dieses Raumes erfolgende Neugestaltung der politischen Verhältnisse entzog sich der Einflußnahme des Westens.

III. Die Vertreibung der Deutschen

Als die Alliierten im Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 "die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, ... in ordnungsgemäßer und humaner Weise" beschlossen, waren bereits seit Monaten mörderische Vertreibungen in Ostdeutschland, dem Sudetenland und den zahlreichen Siedlungsgebieten der Deutschen in den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands im Gange.

Entrüstete Berichte in der westlichen Öffentlichkeit und Appelle westlicher Politiker, die mehr Humanität bei der "Zwangsumsiedlung" anmahnten, hatten kaum Einfluß auf Art und Umfang der im sowjetischen Machtbereich durchgeführten Vertreibungsaktionen. ...

Bereits Ende Juni/Anfang Juli 1945 begannen auf einem 100 bis 200 Kilometer breiten Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie ebenso schnell wie brutal durchgeführte Austreibungen der Deutschen. 200.000 bis 300.000 Schlesier, Pommern und Brandenburger wurden in Fußmärschen unter Mißhandlungen durch Rotarmisten oder die polnische "Miliz" nach Westen eskortiert. Sie waren froh, wenn sie zwar ohne jede Habe, aber noch lebendig mitteleuropäischen Boden erreichten.

Obwohl noch kein Ausweisungsplan vorlag, wurden in den Wochen nach der Potsdamer Konferenz vor allem in Oberschlesien viele Deutsche in Lagern zusammengefaßt, um sie anschließend in geschlossenen Transporten nach Westen zu bringen. Schon ab dem 1. Juni waren alle Brücken über die Oder und Neiße für heimwärts strebende deutsche Flüchtlinge gesperrt worden. Nur während der Potsdamer Konferenz waren auf Druck der Westmächte die wilden Vertreibungsaktionen vorübergehend eingeschränkt worden.

Härter noch als die Vertreibung der Ostdeutschen war das überwiegend von der Einweisung in Arbeitslager gekennzeichnete Schicksal der deutschen Volksgruppe in Polen, die fast völlig vernichtet wurde.

IV. Vertreibung und Aussiedlung nach der Potsdamer Konferenz

... Die Phase der "kontrollierten" aber keinesfalls humanen, sondern völkerrechtswidrigen Vertreibung begann mit der Verabschiedung eines Ausweisungsplanes des Alliierten Kontrollrates am 17. Oktober 1945. Hunderttausende von Deutschen, insbesondere auch aus dem russisch verwalteten nördlichen Ostpreußen, mußten sich kurzfristig auf Sammelplätzen einfinden, um dann in Richtung Westen abgeschoben zu werden es durfte nur so viel Gepäck mitgenommen werden, wie man tragen konnte.

Die Aktion wurde angesichts der öffentlichen Empörung in der westlichen Welt über die bisherigen Begleitumstände der Vertreibung zeitweilig unterbrochen. Auf west- und mitteleuropäischen Bahnhöfen trafen unangekündigt mit Vertriebenen vollgepackte Güterzüge ein.

Im Westen war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht vorbereitet. Es kamen insgesamt bis 1950 mehr als doppelt so viele Menschen an, als der vereinbarte Ausweisungsplan vorsah, weil wesentlich mehr Menschen vertrieben wurden, als die Westmächte angenommen hatten. Oft wurden die Vertriebenen unter unmenschlichen Bedingungen tage- und wochenlang in Güterwagen planlos von einem Ort zum anderen abgeschoben.

Durch die Vertreibungsaktion kamen allein im Jahr 1946 etwa zwei Millionen verzweifelte und auch körperlich angegriffene Menschen nach Westdeutschland, wo sie überwiegend nur in provisorischen Flüchtlingslagern untergebracht werden konnten.

Die systematische Vertreibung umfaßte nun alle Gebiete Ostdeutschlands mit Ausnahme von Teilen Oberschlesiens und des niederschlesischen Waldenburger Berglandes, wo man noch deutsche Arbeitskräfte benötigte. Übergriffe und Plünderungen der Vertreiber ließen erst im Sommer 1946 nach. 1947 wurden in einer letzten großen Vertreibungsaktion nochmals zahlreiche Ostdeutsche nach Westen verbracht, darunter viele, die man bisher noch als Facharbeiter benötigt hatte.

Nur in Masuren, im südlichen Ostpreußen, und vor allem in Oberschlesien konnte die angestammte deutsche Bevölkerung in einigen geschlossenen Siedlungsgebieten verbleiben, wofür wohl zwei Gründe ausschlaggebend waren: Erstens benötigte man – zumal im oberschlesischen Industriegebiet – weiter deutsche Fachkräfte und zweitens hätte eine komplette Austreibung der Deutschen der polnischen Propaganda von der "Rückkehr in uralte Piastengebiete", die auch als "wiedergewonnene Gebiete" bezeichnet wurden, allzu offenkundig widersprochen.

Diese Deutschen, die als "Autochthone" im Lande verbleiben durften, waren in den folgenden Jahrzehnten vielen Diskriminierungen und versuchter Zwangspolonisierung ausgesetzt.

Noch im Sommer 1945 war bereits mit der Aussiedlung polnischer Vertriebener aus den von den Russen annektierten ostpolnischen Gebieten begonnen worden. Dennoch trifft die weitverbreitete Annahme nicht zu, daß die deutschen Ostprovinzen nach 1945 mehrheitlich von polnischen Vertriebenen aus Ostpolen besiedelt worden sind.

Nach offiziellen Angaben der polnischen Kommunisten lebten am 1. Januar 1949 in den polnisch verwalteten Oder-Neiße-Gebieten 1,2 Millionen "Autochthone", 2,4 Millionen Umsiedler aus Zentralpolen, 200.000 vor allem aus Frankreich und Belgien eingewanderte Auslandspolen ("Remigranten") und 2,1 Millionen "Repatrianten" aus den ostpolnischen Gebieten. Neben Oberschlesien und Masuren gab es im Waldenburger Bergland und in der ostpommerschen Kaschubei noch kleine deutsche Siedlunginseln. ...

Die Vertreibung der über drei Millionen Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat war das erklärte Ziel der tschechoslowakischen Exilregierung unter Präsident Benesch in London. Als im Frühsommer 1945 die Rote Armee zusammen mit der tschechischen Befreiungsarmee die deutsche Wehrmacht aus dem Sudetenland verdrängte, wurde unverzüglich mit der Austreibung der Deutschen begonnen.

Auftakt der Gewalt gegen die Sudetendeutschen war der Prager Aufstand am 5. Mai 1945. Durch Hetzparolen und Schmähschriften entfesselte Tschechen sowie in der Sowjetunion ausgebildete Einheiten von General Svoboda und Partisanen fielen über die Deutschen her. Zwar wird auch von Gewaltakten der Rotarmisten berichtet, doch Hauptakteure waren Tschechen.

Im Anschluß an den Prager Aufstand wurden die Deutschen an vielen Orten in Lager gebracht oder in "wilden Ausweisungen" zur Grenze getrieben. Ortschaften wurden systematisch abgeriegelt, die Bewohner kurzfristig zum Verlassen der Häuser aufgefordert und in Fußmärschen zur deutschen Grenze verbracht. Frauen, Alte, Kranke und Kinder konnten froh sein, wenn sie ausgeplündert, aber noch lebend deutsches Gebiet erreichten.

Später wurde die Vertreibung der Sudetendeutschen von den örtlich eingerichteten Nationalausschüssen organisiert, die sich ein wenig mehr an die humanitären Vorgaben des Potsdamer Protokolls hielt als das tschechische Militär oder Milizionäre. Dennoch wurden in vielen Fällen Väter von ihren Familien getrennt, weil man sie noch als Arbeitskräfte benötigte.

Trotz der Aufforderung der Potsdamer Konferenz, die Austreibung einzustellen, wurden weiter Transporte mit vorwiegend alten und kranken Leuten über die Grenze geschickt. Zehntausende saßen unterernährt in überfüllten Lagern, wo es wegen der primitiven sanitären Verhältnisse zu Epidemien kam, die unter den entkräfteten Menschen viele Opfer forderten.

Die Dokumentation des Bundesarchivs berichtet von 1.215 Internierungslagern, 846 Arbeits- und Straflagern und 215 Gefängnissen, in denen 350.000 Deutsche festgehalten worden waren. Schlechte Ernährung, unhygienische Verhältnisse und Mißhandlungen führten vor allem bei Kindern und älteren Menschen zu einer hohen Todesrate.

Es kann hier nicht detailliert auf die schier endlose Zahl von Grausamkeiten und Verbrechen eingegangen werden. Erinnerung sei wenigstens an das Massaker von Aussig, wo Hunderte von Deutschen erschlagen und in die Elbe geworfen wurden, oder an den berüchtigten "Todes-

marsch" der Brüner Deutschen: Am 30. Mai 1945 wurden über 20.000 Menschen zur österreichischen Grenze getrieben.

Von den 3,45 Millionen Deutschen, die bei Kriegende in der Tschechoslowakei lebten, wurden im Verlauf der ersten Austreibungswelle 700.000 bis 800.000 aus dem Osten und Norden des Sudetenlandes vertrieben. Am 19. Januar 1946 begann die zweite Austreibungswelle; sie dauerte bis in den Herbst 1946 und erfaßte 1.859.541 Sudetendeutsche. ...

Trotz Evakuierappellen deutscher Stellen flüchteten im Herbst 1944 von den etwa 500.000 Ungarndeutschen nur knapp 10 Prozent vor den in Ungarn vorrückenden Rotarmisten. Zwar kam es auch hier beim Einmarsch der sowjetischen Truppen zu Plünderungen, Schikanen und späterer Zwangsarbeit von Deutschen, aber nicht zu ähnlichen massenhaften Greuelaten wie in Ostdeutschland, Polen, Jugoslawien oder im Sudetenland. Insgesamt wurden etwa 60.000 Deutsche, davon etwa je zur Hälfte Zivilisten und Kriegsgefangene, zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt.

Nach dem Krieg gewannen deutschfeindliche ungarische Nationalisten an Einfluß, und es setzte eine systematische Unterdrückung und Verfolgung der Deutschen ein. Während Ungarn ursprünglich nur exponierte Nationalsozialisten ausweisen wollte, wurde durch den Druck der madjarischen Nationalisten dann doch die Ausweisung von etwa 40 Prozent der Ungarndeutschen beschlossen. In 2 Etappen wurden 1946 170.000 Ungarndeutsche nach Baden-Württemberg in die amerikanische und 1947/48 50.000 in die sowjetische Besatzungszone umgesiedelt. Etwa 270.000 konnten in der Heimat verbleiben.

Ähnlich dem Schicksal der Deutschen in Polen spielte sich auch das Leben der Volksdeutschen in Jugoslawien nach der Machtübernahme der Tito-Partisanen und der Roten Armee nur noch in Lagern ab. Als im Herbst 1944 in weiten Teilen Jugoslawiens Partisanenverbände die Macht übernahmen, befanden sich von den ursprünglich 800.000 dort lebenden Deutschen noch mehr als 200.000 im Lande.

Die Mehrzahl wurde in Lager eingewiesen, wo es schon bald zu Massenerschießungen kam. In den sogenannten Vernichtungslagern starben nach den zugänglichen Informationen mindestens 67.000 Deutsche. Insgesamt sind bei der Vertreibung aus Jugoslawien mehr als 80.000 Deutsche umgekommen.

In Rumänien verlief der Einmarsch der Roten Armee ähnlich wie in Ungarn verhältnismäßig diszipliniert. Auch hat es nur in sehr begrenztem Umfang rechtzeitige Evakuierungen von Deutschen gegeben. Nicht die Rotarmisten, sondern Rumänen plünderten schutzlose Deutsche aus. Obwohl Rumänien kein sowjetischer Feindstaat war, forderte Moskau Arbeitskräfte für den Wiederaufbau in der Sowjetunion an, wozu im wesentlichen die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung herangezogen wurde. 80.000 Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen wurden zur Zwangsarbeit verschleppt.

Vertreibungen aus Rumänien nach Deutschland waren im Potsdamer Abkommen nicht vorgesehen und haben auch nicht staatgefunden. Erst wegen der unerträglichen Lebensbedingungen unter den neuen kommunistischen Machthabern begann in den späteren Jahren die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien nach Westdeutschland.

V. Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Wie die beiden regierungsamtlichen Dokumentationen aus den fünfziger und siebziger Jahren berichten, gingen die vorrückenden russischen Truppen mit kaum vorstellbarer Grausamkeit gegen deutsche Frauen vor, die ihnen in die Hände fielen. In der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa" wird zum Einmarsch der Roten Armee zusammenfassend festgestellt:

"Bei den zahlreichen Erlebnisberichten, die vom Einzug der Roten Armee handeln, gibt es kaum einen, der nicht von Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen zu berichten weiß, in vielen Fällen wird sogar in aller Offenheit von selbsterlittenen Vergewaltigungen er-

zählt.

Es kann auch bei kritischster Prüfung dieser Berichte kein Zweifel sein, daß es sich bei den Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere um ein Massenvergehen im wahren Sinne des Wortes handelt, keineswegs um bloße Einzelfälle. Darauf deutet schon hin, daß förmliche Razzien auf Frauen unternommen wurden, daß ferner manche Frauen in vielfacher Folge nacheinander mißbraucht wurden und daß die Vergewaltigungen oft in aller Öffentlichkeit vor sich gingen. In gleicher Weise befremdend und Entsetzen erregend wirkte es auf die deutsche Bevölkerung, daß von den Vergewaltigungen auch Kinder und Greisinnen nicht verschont wurden."

In der Dokumentation des Bundesarchivs in Koblenz heißt es: "Es handelt sich bei den Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere nicht etwa um Einzelfälle, sondern um ein Massenvergehen. Sie sind als eine der grauenhaftesten völkerrechtswidrigen Gewalttaten zu verzeichnen.

Sie haben in massenhaftem Ausmaß bei und nach der Besetzung der östlichen Reichsgebiete stattgefunden, auch in Kreisen, die erst nach der Kapitulation der Wehrmacht besetzt wurden." In seinem Buch "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" zitiert Alfred M. de Zayas aus dem Bericht eines Beamten des amerikanischen Außenministeriums:

"Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. Meistens werden sie von polnischer Miliz geleitet, In Schwientochlowitz (Ostoberschlesien) müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals in kaltem Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen."

In Oberschlesien wurde z.B. das frühere Kriegsgefangenenlager Lamsdorf in ein Internierungslager für Deutsche umgewandelt. In diesem Lager kamen von August 1945 bis zum Herbst 1946 insgesamt 6.430 Deutsche, darunter 623 Kinder, ums Leben. Die Täter von Lamsdorf oder Schwientochlowitz leben noch, sind namentlich bekannt und befinden sich im Rechtsprechungsbereich polnischer Richter.

Die Dokumentation des früheren Bundesvertriebenenministeriums weist darauf hin, daß in solche Lager im Laufe der Zeit fast alle Deutschen in Polen eingewiesen worden sind, und berichtet über die herrschenden KZ-ähnlichen Umstände:

"Durch die Internierungslager und die schrecklichen Formen der Zwangsarbeit wurde das Schicksal der Deutschen im polnischen Staatsgebiet noch schwerer als das der Deutschen in den östlichen Provinzen des Reiches. ...

Deutsche Frauen mußten, rohen Schikanen der polnischen Miliz ausgesetzt, von russischen Soldaten belästigt und vergewaltigt, bei völlig unzureichender Verpflegung Leichen bergen, Tierkadaver begraben, Munition und Kriegsgerät fortschaffen, Straßen und Wege freilegen und Häuser säubern. ...

Es erschien das Leben der Alten, Kranken und Kinder geradezu hoffnungslos, die - als Arbeitskräfte verschmäht - Jahr um Jahr in den Internierungslagern verbringen mußten. Ihr Leiden überschritt alles Maß. Sie konnten den quälenden Schikanen und der oft sadistischen Grausamkeit der Bewachungsmannschaften nicht entinnen. ...

Durch totale Entkräftung hilflos geworden, ohne Medikamente, von Ungeziefer geplagt, ohne Möglichkeit, auch nur die primitivsten Bedürfnisse der Körperpflege zu befriedigen, siechten sie dahin. ... Planmäßiges Erschießen von Alten und hilflosen Kranken, wie es beispielsweise im Lager Kaltwasser geschah, Gewalttaten und Mißhandlungen der Wachmannschaften, oft geleitet von dem Bestreben, Behandlungsmethoden nationalsozialistischer Konzentrationslager zu imitieren, erhöhten die Zahl der Todesopfer."

Wie hoch die Zahl derjenigen sei, die in der Zeit von 1945 bis 1950 in den polnischen Internierungslagern gestorben sind, werde sich wohl nie mehr feststellen lassen, heißt es in dieser

Vertreibungsdokumentation. Die Lagerleitungen hätten die Zahl der toten Deutschen geheimgehalten, Massengräber seien z.T. wieder eingeebnet und Grabstätten unkenntlich gemacht worden.

Wie die Dokumentation des früheren Vertriebenenministeriums berichtet, wurden bereits seit Dezember 1944 in den südosteuropäischen Staaten Rumänien, Ungarn und Jugoslawien Zehntausende von Deutschen zumeist in die russischen Industriegebiete am Donez und Don, in den Ural und nach dem Kaukasus zur Zwangsarbeit verschleppt.

Als die Westmächte auf der Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) der Sowjetunion das Recht einräumten, nach dem Sieg über Deutschland - als einen Teil der ihnen zugesprochenen Reparationen - deutsche Arbeitskräfte nach Rußland zu schaffen, waren die Deportationen in den deutschen Ostprovinzen bereits in vollem Gange und die Verschleppungen aus Südosteuropa nahezu abgeschlossen.

In der Dokumentation des Bundesarchivs wird zusammenfassend festgestellt, daß die Anzahl der in die Sowjetunion als "Reparationsverschleppte" sowie "Vertragsumsiedler" gewaltsam verbrachten Deutschen aus den Gebieten östliche von Oder und Neiße mehr als 400.000 Menschen betragen habe, "wovon nur 55 Prozent überlebten. Demnach wären in den Lagern der Sowjetunion und auf Transporten ca. 200.000 verstorben.

Die genauen Zahlen der deutschen Zivilpersonen, die auf der Flucht, bei Deportationen oder sonstigen Vertreibungsverbrechen ums Leben kamen, wird wohl nicht mehr festzustellen sein. Für die Beurteilung des Gesamtvorganges sollte es auch unerheblich sein, daß in der Fachliteratur unterschiedliche Angaben hinsichtlich der Gesamtzahl der Opfer zu finden sind.

Erstmals hatte im Jahre 1958 das Statistische Bundesamt eine umfassende Studie zum Ausmaß der Vertreibung sowie der Vertreibungsverbrechen vorgelegt. In einer Aktualisierung des damals veröffentlichten Zahlenmaterials kommt Heinz Günter Steinberg zu dem Schluß, daß jeder siebte Heimatvertriebene – insgesamt also 1,710 Millionen Deutsche – bei Flucht, Vertreibung, Verschleppung oder in Lagern ums Leben gekommen sind.

Danach wurden allein in den Ostgebieten des Deutschen Reiches 882.000 Zivilisten umgebracht, was nahezu 10 Prozent der Vorkriegsbevölkerung entsprach. Davon starben etwa 311.000 in Ostpreußen. Die relativ größten Zivilverluste mit mehr als einem Drittel der Vorkriegsbevölkerung waren in Ostbrandenburg und in Jugoslawien zu verzeichnen.

Von den Schlesiern, die mit über 4,5 Millionen Menschen den größten der vertriebenen deutschen Volksstämme darstellen, sind den Angaben Steinbergs zufolge über 450.000 und von den Sudetendeutschen etwa 273.000 bei der Vertreibung ums Leben gekommen.

Einschließlich der Kriegsverluste sind von über 12 Millionen Deutschen, die beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in den späteren Vertreibungsgebieten lebten, insgesamt nach der Darstellung Steinbergs 2,810 Millionen umgekommen, so daß jeder sechste Ost-, Südost- und Sudetendeutsche im Krieg oder bei der Vertreibung sein Leben verloren hat. Dabei wird in den Angaben des Statistischen Bundesamtes und auch Steinbergs nicht das Schicksal der Rußlanddeutschen erfaßt, von denen ebenfalls seit 1941 Hunderttausende bei der Verschleppung oder in den östlichen Verbannungsgebieten ums Leben gekommen sind.

Heinz Nawratil nennt in seiner Untersuchung "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" die Zahl von 350.000 Rußlanddeutschen, die ihre Verschleppung nach Osten nicht überlebt haben. Nawratil verweist auf eine umfassende Analyse des Kirchlichen Suchdienstes, die 1963 zu dem Ergebnis gekommen ist, daß bei der Vertreibung der Deutschen 2,3 Millionen Menschen umkamen – eine Angabe, die auch vom Bundesinnenministerium verwendet worden sei.

Hinzu rechnet er die Verluste der Rußlanddeutschen mit 350.000 Opfern und von den mindestens zwei Millionen zugezogenen Menschen, zum Beispiel Bombenflüchtlinge aus Berlin oder dem Westen, etwa 220.000 Tote. Das ergebe so Nawratil, eine Zahl von mindestens 2,8

Millionen Todesopfern der Vertreibung.

VI. Ankunft und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen im Westen

Knapp 8 Millionen Vertriebene wurden in Westdeutschland, fast vier Millionen auf dem Gebiet der späteren DDR und etwa 200.000 in der damals noch ungeteilten Hauptstadt Berlin aufgenommen. Die hohe Zahl der Opfer und die verbrecherischen Begleitumstände der Vertreibung dürfen nicht den Blick für die Tragik und Bitterkeit des Verlustes der Heimat an sich verstellen. Für den einzelnen Überlebenden bedeutete diese bedrohliche körperliche und vor allem seelische Erschütterung und Erschöpfung, Verlust der meisten persönlichen Bindungen mit ihren Kennzeichen kultureller und landschaftlicher Eigenart.

Besonders für viele alte Menschen war die Vertreibung aus ihrer Heimat unfaßbar. In den zertrümmerten west- und mitteldeutschen Großstädten fanden sich für die Fremden – so wurden sie von den Einheimischen empfunden und so empfanden sie sich auch selbst – oft keine halbwegs zulängliche Unterkunft, und auf dem Lande war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht eingestellt.

Lebten vor dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland zu Zeiten relativen Wohlstandes 39 Millionen Menschen, so galt es sechs Jahre später in dem gleichen, jedoch jetzt vom Krieg weitgehend zerstörten und ausgezehrten Landesteil 47,5 Millionen – neben den Vertriebenen noch Hunderttausende ausländische Flüchtlinge aus dem sowjetischen Machtbereich – zu versorgen. Millionen der Flüchtlinge und Vertriebenen mußten viele Jahre lang in Lagern leben.

Die Konfrontation zwischen Einheimischen und Vertriebenen steigerte sich, als sich die Lage der Westdeutschen nach dem Krieg ebenfalls verschlechterte: Anhaltender Wohnraummangel, Arbeitslosigkeit und knappe Lebensmittel förderten die Spannungen zwischen den Deutschen verschiedener landsmannschaftlicher Herkunft. Wie schwer das Schicksal der Arbeitslosigkeit über viele Jahre auf den Heimatvertriebenen lastete, mag folgende Zahl verdeutlichen:

Von einer Gesamtzahl von 1,66 Millionen Arbeitslosen Ende Februar 1951 waren nicht weniger als 557.000 Heimatvertriebene. Bei einem Anteil an der Bevölkerung von rund 16,5 Prozent erreichte ihr Anteil an der Zahl der Arbeitslosen 33,5 Prozent.

Die Aufnahme so vieler Millionen heimatlos gewordener Menschen erschien unter den katastrophalen Verhältnissen der ersten Nachkriegsjahre unlösbar. Erschwerend wirkte sich zudem aus, daß es in den Westzonen keine systematische Verteilung des großen Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen gegeben hatte – nicht zuletzt die Folge eines allgemeinen Nachkriegs-Chaos. So stauten sich die Vertriebenen in den für sie nächst erreichbaren Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern.

Auch die Politik der Westmächte verhinderte eine sinnvolle Aufteilung. Unter Verweis darauf, daß Frankreich das Potsdamer Abkommen nicht unterzeichnet habe, sperrten sich die Franzosen generell gegen eine Aufnahme von Vertriebenen in ihrer Besatzungszone. In der britischen Zone wurden die Ost- und Sudetendeutschen willkürlich und zweckmäßig von der Besatzungsmacht verteilt. Am besten funktionierte die Aufteilung noch in der US-Zone, wo sie auf Anordnung der Amerikaner von deutschen Stellen vorgenommen wurde.

Diese ungleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen über die westdeutschen Regionen gehörte damals zu den drängendsten Problemen, weil dort, wo die Menschen zu meist notdürftig untergebracht waren, oft weder ausreichend Wohnungen noch Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden waren.

Über eine Million Vertriebene wurden daher auf freiwilliger Basis und mit öffentlicher Unterstützung in den Jahren 1949 bis 1963 innerhalb des Bundesgebietes umgesiedelt. Insgesamt haben durch Umzüge und Umsiedlungen in diesen Jahren rund 3,4 Millionen Vertriebene ihren Wohnsitz von einem Bundesland in ein anderes verlegt. Hinzu kommen noch die Wanderungen innerhalb der Bundesländer.

Grundlegende Gesetze für die soziale Eingliederung der Millionen Heimatvertriebenen konn-

ten erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erlassen werden. Nach Beginn des Kalten Krieges war klaw geworden, daß die Vertreibung keinesfalls eine kurze Episode sein würde. Das Schlagwort, unter dem die soziale Integration der Vertriebenen konzipiert wurde, lautete daher "Lastenausgleich".

Es wurde ein Gesetzeswerk geschaffen, das sowohl die Eingliederung wie eine individuelle Entschädigung von Vertriebenen und Flüchtlingen in einem bundesweit einheitlichen Verfahren ermöglichte, ohne jedoch die fortgeltenden Eigentumsrechte der Betroffenen zu verletzen (In der Präambel zum Lastenausgleichgesetz heißt es, daß die Unterstützung geleistet wird "unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet ...").

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung vom 8. September 1993 festgestellt, daß die Eigentumsrechte der deutschen Vertriebenen auch durch die Ostverträge zu Beginn der neunziger Jahre nicht beeinträchtigt worden sind).

Nachdem bereits 1949 ein lediglich auf Eingliederungshilfen abzielendes Soforthilfegesetz (SHG) und für die vertriebenen Bauern das Flüchtlingssiedlungsgesetz verabschiedet worden waren, trat am 1. September 1952 das Entschädigung leistende umfassende Lastenausgleichsgesetz (LAG) in Kraft.

Mit dem Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 wurde die Eingliederung der Vertriebenen bundesweit einheitlich geordnet. Nun gab es für alle westdeutschen Bundesländer die gleichen Begriffe, Regelungen und Behörden. Durch die Einrichtung von Beiräten der Vertriebenen bei zentralen Dienststellen von Bund und Ländern wurde die Effizienz (Wirksamkeit) dieses Gesetzes erheblich erhöht. Das Bundesvertriebenengesetz bildet bis heute die Grundlage für die Aufnahme von deutschen Aussiedlern aus den Herkunftsgebieten der Vertriebenen, von denen seit 1950 über drei Millionen nach Deutschland gekommen sind.

§ 96 des Bundesvertriebenengesetzes beinhaltet den gesetzlichen Auftrag an Bund und Länder, das deutsche Kulturerbe der Vertreibungs- und Siedlungsgebiete im Osten und Südosten Europas zu bewahren sowie im Bewußtsein des deutschen Volkes lebendig zu halten. In diesem Sinne fördert der Bund unter anderem Kultureinrichtungen wie Museen, Kulturwerke und Stiftungen sowie die kulturelle Breitenarbeit der Vertriebenenverbände. ...

Wenn der Weg Westdeutschlands nach dem Kriege nicht in Anarchie und Chaos endete, sondern in gemeinsamer Anstrengung ein einzigartiges, weltweit geachtetes, friedliches Aufbauwerk geleistet wurde, so ist dies auch ein Verdienst der deutschen Vertriebenen. Sie haben sich nicht zum politischen Extremismus oder gar Terrorismus entschlossen, wie so viele andere Flüchtlingsgruppen in der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, sondern sie haben tatkräftig am Wiederaufbau mitgearbeitet.

Ein naheliegendes Kalkül Stalins mit der Vertreibung von Millionen Ost- und Sudetendeutschen einen die Festigung demokratischer Strukturen unmöglich machenden sozialen Sprengsatz in Westdeutschland zu installieren, war nicht aufgegangen, weil die Landsmannschaft der deutschen Vertriebenen sich von Beginn an für eine gewaltfreie, demokratische Politik entschieden hatten.

So gehörte die 1950 verabschiedete und durch Jahrzehnte friedfertige Verbandsarbeit glaubwürdig bezeugte Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu den herausragenden, allerdings weithin unbekanntesten demokratischen Traditionen unseres Volkes, auf die alle Deutschen stolz sein könnten, wenn sie davon wüßten. ...

VII. Ausblick

Zu einer zukünftigen deutschen Friedensordnung, die diesen Namen verdient, muß es gehören, daß auch mit den deutschen Vertriebenen und den in deren Heimat verbliebenen Landsleuten nach den Grundsätzen von Recht und Wahrheit umgegangen wird. Gerade die über

Jahrzehnte hinweg in ihrer Existenz bedrohten ostdeutschen Volksgruppen müssen einen zentralen Bestandteil des Fundamentes des vielbeschworenen gemeinsamen europäischen Hauses ausmachen, wenn dieses Europa nicht auf dem Sand von Geschichtslügen und Unrecht gebaut werden soll. ...

Das Bemühen um historische Wahrheit als Grundlage einer realistischen Verständigungspolitik, aber auch die Würde der Opfer und ihr Vermächtnis, Vertreibungen für alle Zeit als Mittel der Politik zu ächten, sollten Deutsche und ihre östlichen Nachbarvölker dazu anhalten, sich sachlich mit dem lange verdrängten Kapitel der Vertreibung der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges auseinanderzusetzen.

Zu Recht fragt Johan Georg Reißmüller in einem Leitartikel der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 23. Januar 1995: "Wie kann man behaupten, das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation sei normal, da die große Mehrheit des Volkes, angeführt von der großen Mehrheit der politisch wirkenden, von allen Opfern der Staats-Unmenschlichkeit auf unserem Kontinent im 20. Jahrhundert eine Kategorie nicht einmal zur Kenntnis nehmen will: Diejenigen Deutschen, die in der östlichen Hälfte Europas in den Jahren 1944, 1945, 1946 völkermordartigen Vernichtungsaktionen anheimfielen?"

Reißmüller weiter: "Wer an sie erinnert, dem schlägt in Deutschland sogleich der Vorwurf entgegen, er wolle 'aufrechnen'. Das ist eine als Anspruch ans Gewissen zurechtgemachte Unwahrheit.

Den Völkermord an den Juden, die von Deutschen verübten Massenmorde an Polen, Tschechen, Russen bemäntelt nicht und die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg verkleinert nicht ... (Es ist ein unsägliches Armutszeugnis), daß ... die ungezählten Deutschen, die am Ende des Krieges und nach dem Krieg von massenmordender Hand starben, ... im Gedächtnis der Nation (keinen) Platz haben. Doch es sind wenige unter unseren Politikern, die zu solchen Gedanken aufrufen."

Die Vertreibung und die damit zusammenhängenden Probleme können heute nicht mehr so verdrängt werden, wie es noch vor wenigen Jahren zu Zeiten der kommunistischen Diktaturen im ehemaligen Ostblock der Fall war. Auch mit Blick auf das aktuelle Vertreibungsgeschehen auf dem Balkan haben die deutsche und europäische Politik allen Grund, ihre bisherige Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen vertriebener Deutscher zu überdenken.

Dies gilt ganz besonders für die östlichen Nachbarstaaten, wo die Offenlegung der eigenen Schuldverstrickung in die damalige Vertreibung der Deutschen jetzt erst möglich geworden ist. Prag und Warschau sollten die historische Chance nutzen, nach dem Überwinden der kommunistischen Diktatur sich endlich einem freien und versöhnenden Dialog sowie einem in die Zukunft gerichteten Miteinander mit den vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen zu öffnen. ...<<

Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtet später in der katholischen Monatschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 - 2005 über die Heimatlosigkeit (x853/...): >>**Geborgenheit im Vaterhaus?**

... Ältere Leser werden sich noch an die Wunschkonzerte von Heinz Goedecke erinnern, die regelmäßig während des Krieges stattfanden und den von Narvik im äußersten Norden bis Afrika stationierten Soldaten mit ihren vertrauten Liedern und Schlagern wenigstens vorübergehend ein illusionäres Gefühl der Heimatverbundenheit gaben.

Draußen in der weiten Ferne und einem ungewissen Schicksal ausgesetzt gewann der Begriff der "Heimat" einen magischen Klang und den Zauber einer unaussprechlichen Sehnsucht, die sich bei der großen Vertreibung und Völkerwanderung nach dem Kriege immer noch steigerte!

Seitdem sind ganze Bibliotheken über die Heimatlosigkeit des modernen Menschen geschrieben worden, aber die Diagnose ist dadurch nicht weniger triftig und aktuell, daß sie so oft

wiederholt worden ist.

Der Mensch und seine Heimat

Zweifellos ist die Heimatverbundenheit eine Urkonstante des menschlichen Wesens. Ebenso wie er nicht nur ein Einzelwesen, sondern immer auch ein Gemeinschaftswesen ist, bleibt der Mensch auf die Heimat angewiesen, um sich voll entfalten zu können. Beide Momente: "Gemeinschaft" und "Heimat" gehören zu seiner Natur und bedingen sich wechselseitig.

Das ist freilich auch der Grund dafür, warum es so schwer und auch fruchtlos ist, den Begriff der Heimat in eine Lehrbuchdefinition zu pressen oder in abstracto über ihn zu rasonieren.

Soviel dürfte feststehen, daß Heimat die vertraute geistige, menschliche und reale, konkrete Umgebung oder Umwelt meint, in der wir leben und uns bewegen können wie der Fisch im Wasser. Zu ihr gehören in erster Linie Geschichte, Tradition und Erinnerung, ohne die der Mensch im luftleeren Raum aufwachsen würde. Das haben u.a. Schelling, Hegel, Hölderlin und die Romantik - sie allerdings oft in einer unechten Verklärung der Geschichte - mit Recht gegenüber dem Rationalismus und der Aufklärung betont.

Zur Heimat gehören auch die gewachsenen Institutionen, Sitten, Gebräuche, Gewohnheitsrechte und das ganze Ensemble der Traditionen, in die der Mensch hineingeboren wird und die ihn unmerklich formen, ihm Halt, Regeln und Maßstäbe geben und ihn damit nach der genialen Einsicht Arnold Gehlens von dem ständigen Druck entlasten, dem er ausgesetzt wäre, wenn er sich im totalen geistigen Vakuum je und je von neuem entscheiden müßte, wie er sich hier und jetzt verhalten soll.

So ist es nicht die Bindung, die geistige Heimat und Tradition bedeuten, welche die heute so heiß ersehnte Mündigkeit und damit die Möglichkeit verhindert, daß wir den Kopf frei bekommen, um souverän um uns zu blicken, sondern ganz im Gegenteil die totale Bindungslosigkeit, wie sie die unentwegten Marschierer in die immer noch totalere Emanzipation als höchste Erfüllung verheißen!

Einsamkeit und Mobilität

Wie so oft werden auch hier solche elementaren Gegebenheiten erst richtig faßbar, wenn wir die Gegenprobe machen und das heißt in unserem Falle, wenn wir einen kurzen Blick auf die Heimatlosigkeit des modernen Menschen werfen! Sie hat reale und ideelle Ursachen, die naturgemäß ein undurchdringliches Geflecht bilden und von uns nur aus Gründen der geordneten Darstellung nacheinander aufgeführt werden. Zu den realen Ursachen gehört natürlich die grenzenlose Mobilität, ja die moralische Pflicht zu ihr und damit dazu, seinen Wohnsitz jederzeit zu wechseln wie sein Hemd, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, "sozial nur schwer integrierbar" zu sein.

Als Außenseiter sieht sich nun nicht mehr der Nomade, der Umgebung und Job behende und stets erneut zu wechseln versteht, sondern ganz im Gegenteil derjenige, der auch unter Opfern an seinem angestammten Wohnsitz und Beruf festhalten will.

In diesem Sinne wird die Mobilität nicht mehr nur als notwendiges Übel in der von immer neuen Inventionen (Erfindungen) lebenden Industriegesellschaft, sondern als hohe Tugend angesehen, die als solche immer mit Klugheit und Lebenstüchtigkeit gepaart ist und das um so mehr, weil sie mit jener Fähigkeit zu quickem Bescheidwissen und ständiger Neuorientierung verbunden ist, die mit dem Mangel an geistiger Tiefe Hand in Hand zu gehen pflegt.

Befremdlich ist jedenfalls, daß der Zwang zur häufigen Migration und damit auch der Abschied von den altvertrauten Orten, Freunden und Bekannten kaum mehr als unmenschlich, sondern als ganz normale Angelegenheit empfunden wird. Die Befremdlichkeit wird allerdings dadurch gemildert, daß sich die Milieus, das alte und das neue also, immer mehr gleichen und die Lebenswelten hüben und drüben immer uniformer werden.

Bis auf die musealen Stadtkerne und Fußgängerzonen, die ohnehin kaum mehr zum Wohnen da sind, finden wir überall die gleichen Autoschlängen, Tankstellen, Supermärkte, Hochhäu-

ser, Reihen- und Einfamilienhäuser, die gerade in ihrer gesuchten Eigenwilligkeit die allenthalben herrschende Normierung verraten! Überall die sorgfältig gepflegten Grünanlagen und mit den wohlbekanntesten Geräten versehenen Kinderspielflächen. Überall der gleiche gutgemeinte und doch hoffnungslose Versuch, die längst verlorene Heimat vom Reißbrett her synthetisch zu reproduzieren!

Man kann diesen Sog zur Uniformität auch anders und pejorativer ausdrücken und etwa mit Oswald Spengler, dem berühmten Verfasser des "Unterganges des Abendlandes" von den dämonischen Steinwüsten, den ungeheuren betonierten Ballungszentren sprechen, in denen eine ihrer eigenen Ursprünge ledige Gesellschaft - bar aller großen Gedanken und Kultur - in einer Art geistigen Fellachentums, doch zivilisatorisch bequem vor sich hinlebt.

Daß die permanente Fluchtbewegung, die in dieser Mobilität liegt, längst nicht mehr nur als Tugend, sondern geradezu als Segen erfahren wird, zeigt sich auch darin, daß immer mehr Menschen in ihrer freien Zeit nach dem Motto verfahren: "schön ist es auch anderswo, und hier bin ich sowieso!"

Verwaist oder zweckentfremdet stehen die Pensionen und Gasthöfe da, die man in den fünfziger Jahren in den deutschen Mittelgebirgen und Landschaften von immer noch hoher Schönheit und Stimmungsvielfalt gebaut hat. Auch in den Ferien möchte man des Nomadenseins nicht entbehren.

Man legt keinen Wert mehr auf den hohen Reiz des "déjà vue", der einstmal die vertrauten Ferienorte schließlich zur zweiten Heimat werden ließ. Vielmehr werden starke und immer neue Reize, Eindrücke und Erlebnisse gesucht, um sich und die freie Zeit im eigentlichen Sinne des Wortes zu zerstreuen und damit totzuschlagen: vor allem aber, um überall und damit nirgends heimisch zu werden. Für die Erfahrung der Dauer, die mit kontemplativem Verweilen und Innehalten gegeben ist, fehlen Verständnis und Kraft.

Man kann den Begriff der Heimat und die Vertrautheit, die in ihr zur Anschauung kommt, gar nicht konkret und realistisch genug fassen.

Zu ihr gehören auch der vertraute Besitz, die Familien-Erbstücke und Dinge, die uns ein Leben lang begleiten und schließlich mit uns ganz verwachsen sind. Aber davon kann in der affluent society, der Gesellschaft der großen Verschwendung, die vom raschen Umschlag der Güter lebt, nun wirklich keine Rede mehr sein.

Die Dinge, die wir brauchen, werden von vorneherein auf Obsoleszenz, auf raschen Verschleiß hin produziert und das Prinzip des styling ist längst nicht mehr auf die Kleidermode oder neue Automodelle beschränkt. In dieser Lage bekommt der Wunsch, nun unbedingt an der vergoldeten Taschenuhr festzuhalten, die uns der Großvater zur Erstkommunion schenkte und sie immer wieder zur Reparatur zu bringen, während es doch in jedem Kaufhaus praktische und billige Armbanduhren in Fülle gibt, etwas Kauziges, und wer möchte schon gerne als Sonderling durch die Weltgeschichte gehen!

Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren und zeigen einen weiteren Widerspruch unserer an Ungereimtheiten so reichen Gesellschaft: die Tatsache, daß wir in unserer so üppigen und an Gütern überbordenden westlichen Welt doch im Grunde arm sind wie die Kirchenmäuse und einsam wie unfreiwillige Eremiten, weil wir so viele unserer Dinge nur auf Zeit und damit wie Leihgaben besitzen!

Aber der erste und entscheidende Grund der neuen Heimatlosigkeit ist natürlich der Zerfall der Familie, dieser ganz ursprünglichen, ganz selbstverständlichen und idealen Stätte aller Geborgenheit. Wenn die Frauen nicht nur zum Teil mitarbeiten müssen, sondern in ihrer Mehrzahl dies auch wollen, müssen die Kinder schon im frühen Alter in die Kinderkrippe abgegeben werden, so daß Familienleben allenfalls am Wochenende zelebriert werden kann. Und damit wird die Heimat auch hier zum bloßen Ausnahmezustand und hört schon damit auf, zu sein, was sie eigentlich ist!

Propheten der Heimatlosigkeit

Gerade in unserem Falle trifft es zu, daß die Philosophie ihre Epoche in Gedanken erfaßt, ja allererst die Ideen liefert, die sie prägen. Schon zu Beginn der Neuzeit zeichnet sich eine Entwicklung ab, in der die Heimatlosigkeit des modernen Menschen ahnungsvoll vorweg genommen wird.

Rene Descartes (1596-1650), der nicht zufällig der Vater der neuzeitlichen Philosophie genannt wird und mit ihr einen ganz neuen Anfang machen wollte, reduziert die schöne, bunte Welt, in der wir leben, auf die bloße berechenbare Materie einerseits und das denkende Ich andererseits, das ihr damit automatisch als Fremdling gegenübersteht und im Käfig seines Bewußtseins gebannt nicht weiß, wie es wieder aus ihm herauskommen soll.

Gottfried Wilhelm Leibniz (1646-1716) begreift unser Ich als zunächst ganz auf sich gestellte und im Bannkreis des eigenen Ich eingeschlossene Monade (Einheit), die keine Fenster und damit keinen unmittelbaren Blickkontakt nach draußen hat, weshalb es des allergrößten und geradezu labyrinthischen Scharfsinns bedarf, zu zeigen, wie ein solches Wesen dann doch zum Kontakt mit den übrigen Monaden und der Welt kommen kann!

Thomas Hobbes (1588-1679) schließlich, der Begründer der neuzeitlichen Staatsphilosophie geht ebenfalls vom punktuellen Ich aus, das ganz und gar vom Selbstinteresse ... gelenkt wird und er versucht, von daher Existenz und Legitimität des Staates zu begründen.

Nun könnte man allerdings sagen, daß doch gerade das Gymnasium, wie es von Wilhelm von Humboldt (1767-1835) begründet wurde und so viele Generationen unserer Vorfahren zu Humanisten erzogen hat, ganz in der Erinnerung und Vergegenwärtigung unseres antiken Erbes aufgegangen ist und damit an unsere geistige Heimat erinnert hat, wo sie am ursprünglichsten ist!

Doch man sollte nie vergessen, daß Humboldt Kantianer war und es mithin für unmöglich hielt, daß wir in den letzten Fragen nach dem Ursprung der Welt, nach Gott, nach der Seele zu verbindlichen Ergebnissen kommen können. So diente ihm die Beschäftigung mit der Antike nicht dazu, jene großen Fragen nach dem Sinn des Daseins, wie sie Platon und Aristoteles wegweisend für das Abendland gestellt haben, wieder aufzunehmen. Ganz im Gegenteil hat die Beschäftigung mit der Antike, mit den fiktiven Taten eines Odysseus oder den Mythen, wie sie uns Ovid erzählt, nur das Ziel, die eigene Persönlichkeit und damit wieder das liebe, eigene Ich zu veredeln.

Und man kann durchaus der Meinung sein, daß diese Abdrängung des antiken Erbes ins Ästhetische nur ein weiterer Schritt zu jenem gigantischen Traditionsbruch ist, der sich in der Neuzeit und Gegenwart immer mehr radikalisiert und zu jener geistigen Heimatlosigkeit von heute führt, die nur die Kehrseite der realen ist.

Auf der anderen Seite ist der Streit um das humanistische Gymnasium heute ein solcher um des Kaisers Bart, denn dieses Gymnasium gibt es schon längst nicht mehr oder allenfalls in kläglichen Rudimenten. Der Ruhelosigkeit, die uns heute plagt, entspricht die des Bildungsbetriebes mit ihrer fast vollkommenen Geschichts- und Erinnerungslosigkeit.

Gefordert wird eine geistige Ubiquität, die nur zu haben ist, wenn man an vielem nippt und mit ihm nur im Vorübergehen Kontakt bekommt. Deshalb ist das Fernsehen, das uns von 20 bis 21 Uhr etwa in die Geheimnisse des Buddhismus einführt, um uns dann von 21 bis 22 Uhr oberschwäbische Barockkirchen zu zeigen, der Prototyp der Bildung, die über alles Bescheid weiß und damit wieder über nichts!

Mit alledem wollen wir keine Schuldzuweisungen verbinden, wie das manche Theologen tun, die der Meinung sind, es werde schon alles besser werden, wenn man nur die gute Absicht dazu habe. Wir wollen aber auch nicht jenem heroischen Existentialismus das Wort reden, der mit Oswald Spengler, mit Ernst Jünger oder Martin Heidegger der Meinung ist, die Heimat- und Wurzellosigkeit sei das unabweisbare und unabänderliche Schicksal unserer Epoche. ...<<

12.02.1995

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Februar 1995: >>**Bonn weist Moskauer Forderungen zurück**

Die Bundesregierung hat zusätzliche russische Forderungen in zweistelliger Milliardenhöhe für die von den früheren Sowjettruppen in Ostdeutschland geräumten Kasernen zurückgewiesen. ...

Auch Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg lehnte zusätzliche Forderungen Rußlands ab. Er sehe keinen Grund, über die bereits vereinbarten 14 Milliarden Mark hinaus zusätzliche finanzielle Verpflichtungen einzugehen, sagte Stoltenberg in Bonn.

Er schloß nicht aus, daß Deutschland zusammen mit anderen Geldgebern im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftshilfe für die Staaten der ehemaligen UdSSR weitere Leistungen erbringen könnte.<<

13.02.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Februar 1995 über die zweispältigen britischen Kommentare zu den Bombenangriffen gegen Dresden: >>**Sorry oder ein Hoch für die Helden**

... Die Amerikaner haben ihr Hiroshima, kommentierte der linksliberale "Guardian", wir haben Dresden. Kein Erinnerungstag ist unbequemer für das britische Volk."

Im nationalkonservativen "Daily Mail" ist hingegen zu lesen, Dresden sei neben dem Falkland-Krieg "das letzte Stück stolzer britischer Außenpolitik" gewesen, ein "bißchen gesunde Bestrafung" und gewiß nichts, was die Nation mit Scham erfülle.

Zwischen diesen Extremen bewegen sich die Briten. Über die moralische und militärische Rechtfertigung des Angriffs auf Dresden entbrannte schon vor Jahren eine bis heute nicht entschiedene Debatte. Die Deutschen hätten mit den Flächenbombardements angefangen heißt es.

Die Kritiker verweisen indes darauf, die ... Bombennächte von Dresden hätten mehr Menschenleben gekostet als alle deutschen Angriffe auf Großbritannien zusammen, die Stadt sei im Februar 1945 voll mit Flüchtlingen gewesen.

Die meisten britischen Historiker halten den Angriff auf Dresden für militärisch sinnlos, einige sprechen sogar von einem Verbrechen. ...

Luftmarschall Arthur Harris ... wurde Sir, aber nicht Lord, und seine "Boys" erhielten keine kollektiven Medaillen, obwohl ihre Einheiten die höchsten Verluste aller britischen Waffengattungen zu tragen hatten. 55.000 sind von den Einsätzen über Deutschland nicht lebend wiedergekommen.

Harris selbst wird eine Lust am Töten nachgesagt; es gibt schlimme Zitate und sogar seine eigenen Leute nannten ihn häufig Butcher, also Schlächter. Er starb verbittert im Alter von 92 Jahren.

Doch vor drei Jahren setzte der Veteranenverband der Bomber-Kommandos durch, daß ihm vor der Luftwaffen-Kirche St. Clement Danes in London ein monumentales Denkmal errichtet wurde. Es war mit Spenden finanziert, die greise Königinmutter hat es enthüllt. Dort steht der Bronzeheld jetzt – und blickt martialisch gen Deutschland.<<